



Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

I-III/2022 • # 1082

Oben

Der Klimawandel macht auch vor dem eisigen Norden nicht Halt. Im Gegenteil: In Lappland sind die Auswirkungen unseres verantwortungslosen Handelns besonders deutlich spürbar.

Unten

Vor gut einem Jahr ist der Standort Gorleben aus dem Verfahren zur Suche eines Atommülllagers ausgeschieden. Jetzt steht fest: Der Salzstock wird wieder verfüllt.

Drüben

Ein Freund der BI Lüchow-Dannenberg, der Russe Wladimir Sliwjak, ist in Stockholm für sein Umweltengagement mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden.



Foto Cover: Andreas Conradt; Fotos S. 2 und 8: Agentur Wendlandleben, Felix Quittenbaum

Die Agentur Wendlandleben ist Ansprechpartnerin für alle, die (wieder) Wendländer:innen werden wollen. Sie hat diese Karte mit einigen der Highlights des Landkreises erstellt.

Impressum

44. Jahrgang
Ausgabe 1082
Januar, Februar, März 2022

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Offset Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Andreas Conradt ist verantwortlicher Redakteur der Gorleben Rundschau

Es ist beileibe nicht nur Gretha Thunberg zu verdanken, dass Schweden im Besonderen und ganz Skandinavien im Allgemeinen als vorbildlich gelten in Sachen Umweltschutz. Eine gut geölte Werbe-Maschinerie läuft da, die uns „die letzte Wildnis Europas“ als Reiseziel nahelegt, angereichert mit Fotos exotisch anmutender Zutaten wie Rentier und Elch und den farbenfrohen Trachten der Samen. Erzählungen von Reiserückkehrern, die von wilden Wasserfällen, unendlichen Wäldern und einsamen Seen handeln, schmücken unser Bild vom Norden weiter aus.

Wer aber mit umweltpolitisch trainierten Augen durch Mitternachtssonne oder Polarnacht reist, kommt nicht umhin, zu erkennen, dass der Mythos vom ungezähmten, ursprünglichen Norden nicht nur falsch ist, sondern mächtigen Industrieinteressen geradezu in die Hände spielt: Vor der Kulisse einer gesunden Erde lässt sich selbige ohne großen Widerstand trefflich ausbeuten: Holz und Erze nach Süden, Waren über neue Trassen nach Norden, um sie über die Barentsee und den Arktischen Ozean irgendwann einmal schneller nach Asien transportieren zu können. Da mag so manch ein Industriekapitän darauf hoffen, dass diese Meere demnächst ganzjährig eisfrei bleiben ...

Damit folgen die heutigen Bewohner:innen des „Dachs Europas“ ihren Urahnen, die schon im Mittelalter wegen der Vorkommen von Metallen und Holz den

Norden besiedelten und begannen, die Sami zurückzudrängen, zu christianisieren und zu drangsalieren. Was im Wilden Westen geschah (und geschieht), geschah (und geschieht) im Hohen Norden in ganz ähnlicher Weise.

Straßen und Züge, Brücken und Tunnel, Flughäfen, Auto-Teststrecken, Erzminen gewaltigen Ausmaßes und ein steter Zuzug aus dem Süden machen den Ureinwohnern des Nordens zunehmend zu schaffen. Ihre stille Lebensweise ohne Zäune, ohne Ländergrenzen, ohne übermäßige Beanspruchung und – hier darf man's wirklich mal sagen – im Einklang mit der Natur steht im krassen Gegensatz zu den (be)herrschenden Schweden, Norwegern und Finnen mit einer zunehmend lauten und – aus Sicht der Sami – vulgären Lebensart.

Gegen die gnadenlose Ausbeutung regt sich aber auch Widerstand in Sápmi, dem Land der Samen. Durch die Urweinwohner selbst, aber auch durch Bürger:innen wie Lena Lagerstam, so etwas wie die Marianne Fritzen von Norrland.

Beiden Damen, Marianne und Lena, lagen und liegen die sichere Verwahrung des nun mal vorhandenen Atommülls am Herzen. Schweden und Finnland schieben da lange auf einem guten Weg zu sein, doch die Mühen der Ebene sind in beiden Ländern längst nicht überwunden, von Rückschlägen, gerade in Schweden, ganz zu schweigen.

Deutschland geht seit nunmehr acht Jahren einen neuen Weg bei der Suche nach einem, nun ja, „End“-Lager. Ausgelöst durch den schier unüberwindlichen Widerstand gegen den Castortransport vor zehn Jahren, wurde zunächst zäh um ein Gesetz gerungen, bis mit der *Fachkonferenz Teilgebiete* vor rund einem Jahr erstmals zur Bürgerbeteiligung aufgerufen wurde. Mit bescheidenem Erfolg indes: Die Partizipation „erreichte den Hof mit Müh' und Not“, deklamieren die einen, andere konstatieren: „Das Kind war tot.“

In wenigen Tagen nun feiern wir die Geburt eines Kindes und freuen uns auf ein paar, dieses Jahr wenige, freie Tage. Im Namen der Redaktion und des Vorstands der Bürgerinitiative wünsche ich Ihnen und Euch frohe Weihnachten, ein rundum gutes neues Jahr – und ein paar anregende Stunden mit dieser neuen Ausgabe auf den Knien.

Früher war der Schnee anders!

Inari Die Erderwärmung bedroht nicht nur das Klima und Völker am anderen Ende der Welt. Nur zwei Flugstunden von Deutschland entfernt ist der Wandel seit Jahren deutlich spürbar. Es droht das Verschwinden der Samen, dem letzten indigenen Volk Europas. Von Tarja Prüss

Osmo Seurujärvi kommt mit dem Motorschlitten angefahren. Er ist Sami und Rentierzüchter in der Region Inari im finnischen Teil Lapplands. Bis zu sieben Monate im Jahr liegt hier Schnee. Und Osmo kennt wie seine Vorfahren alle seine unterschiedlichen Arten, Formen und Zustände. Doch seit einigen Jahren hat sich der Schnee verändert. Spricht Osmo von diesem neuen, fremden Schnee, spürt man seine Besorgnis. Der Winter ist unberechenbarer geworden. Und das bedroht die traditionelle Lebensweise der Sami.

Osmo ist zurückhaltend, es dauert ein wenig, bis die ersten Worte kommen, erst verhalten und dann immer flüssiger. Er erklärt, relativiert, grenzt ein und verdeutlicht. Damit wir Nicht-Rentier-Menschen die Rentier-Menschen besser verstehen.

Denn Sami sind beileibe keine Touristenattraktion, sondern ein altes Volk, das schon lange dieselben Flecken Erde bewohnt, in tiefer Verbundenheit mit der Natur. Ihre äußerlich sichtbare Verbindung zur Natur ist das Rentier, sind die alten Wege, das alte Wissen, über Generationen weitergegeben und in den Genen abgespeichert, trotz zwangsweiser Christianisierung immer noch

Reste eines mystischen Volksglaubens in sich tragend.

► Die Winter sind deutlich wärmer geworden

„Früher, da waren die Winter kälter. Und der Schnee war anders als heute. Lockerer, weicher, softer.“ So weich, dass junge Kälber ihn als Nest nutzen konnten, sagt Osmo.

Mittlerweile sei der Schnee von anderer Konsistenz, was den Rentieren zu schaffen mache. Das Fortbewegen im Schnee sei trotz ihrer breiten weichen Hufe heute beschwerlicher. Denn die Winter seien insgesamt wärmer. Dadurch taut der Schnee an und gefriert bei kälteren Temperaturen wieder. Das lässt ihn hart werden. Auch sei kein Verlass mehr aufs Wetter, die Vorhersagen schwieriger. Für ihn deutliche Zeichen des globalen Klimawandels, der sich in den arktischen Regionen noch deutlicher zeigt als weiter im Süden. Wissenschaftler liefern dafür die messbaren Beweise: Die Temperaturen in Lappland steigen doppelt so schnell wie im restlichen Europa.

2016 sind in Sibirien tausende Rentiere gestorben, weil ungewohnte Wetterverhältnisse den Schnee zunächst schmelzen lie-



ßen und anschließender Regen gefror, sodass das Hauptnahrungsmittel der Rentiere, das Moos, unter einer dicken Eisschicht lag. Schnee können die Tiere wegkratzen, Eis nicht. Tausende starben an Hunger. Norwegische Forscher haben herausgefunden, dass die Rentiere heutzutage im Schnitt zweieinhalb Kilogramm weniger wiegen. Auch das eine Folge des Klimawandels.

Neue Wirtschaftszweige wie die *Testworld*, viele Hektar große Areale zum Testen von Reifen und Autos in der Nähe von Ivalo, machen es den Samen wie Osmo nicht leichter. „Rentiere brauchen sehr große Wandergebiete. Jede größere Baumaßnahme nimmt den Tieren Lebensraum weg. Da ist eine neue Art von Wettbewerbssituation um Land entstanden.“ Flächen werden versiegelt, Teststrecken gebaut, es kommt Lärm und Unruhe in die Region. Zwar weit ab von bewohnten Gebieten, aber dennoch Phänomene, die die halbwilden Rentiere nicht kennen. Wie das ihre Wanderzüge beeinflussen wird, ist oft Gesprächsthema unter den Rentierhaltern. 15 Stunden ist Osmo im Schnitt jeden Tag draußen. „Gerade im Winter sind es lange Tage. Von Oktober bis April habe ich keinen Tag frei. Da komme ich manchmal erst abends um 10 Uhr nach Hause.“ Denn dann muss er häufiger nach den Rentieren sehen, manchmal diese oder jene in eine andere Richtung treiben, Futter an entlegenen Stellen auslegen, je nach Wetterlage. „Ja, der Klimawandel macht mir Angst. In den vergangenen Jahren kam der Schnee, der die Rentiere gut trägt, ein bis zwei Monate zu früh. Das macht unsere Arbeit viel schwieriger,“ sagt Osmo. Auch muss er mittlerweile häufiger Heu zukaufen, damit die Tiere nicht hungern. Und trotzdem gibt es viel weniger Kälber im Frühjahr, klagt er.



► Lebensweise der Sami droht zu verschwinden

„Es ist eine harte Arbeit, ein hartes Leben,“ sagt Osmo. „Aber ich mache das gern.“ Es scheint eine Art Bestimmung zu sein, die Traditionen und Lebensweise der Eltern, der Großeltern, der Vorfahren fortzusetzen, weiterzuführen und somit am Leben zu halten. Doch die Sami, letztes indigenes Volk in Europa, sind vom Aussterben bedroht. Von Helsinki, dem Sitz der Regierung, erwarten sie keine Hilfe. Und ihr eigenes Sami-Parlament, das viermal im Jahr in Inari tagt, hat keine laute Stimme, kann sich in der Hauptstadt kaum Gehör verschaffen.

► Jung, stolz und aufmüpfig

„Wir haben nicht mal ein Sekretariat,“ sagt die Präsidentin des Sami-Parlaments Tiina Sanila-Aikio. Sie gehört zur neuen Generation der Sami: jung, stolz und ein bisschen aufmüpfig. Sie reist viel, spricht auf Konferenzen, gibt Interviews. Aufmerksam machen auf die sehr spezifischen Probleme der Sami, das ist ihr Hauptaugenmerk. Aufmerksam machen aber auch auf einen rücksichtsvollen und nachhaltigen Umgang mit der kostbaren Natur. „Wir Sami haben einen intensiven Bezug

zur Natur, wir sind Teil der Natur und nehmen uns nur das, was wir selbst zum Leben brauchen. Der Zuzug von Menschen, der Tourismus und andere neue Phänomene der Moderne haben die Balance aus dem Gleichgewicht gebracht.“ Wilde, unberührte Natur werde immer weniger, beklagt Tiina, die vor ihrer Präsidentschaft Rocksängerin war.

„Unser gemeinsames Wissen über Wege, Markierungen, Kräuter, Rituale und anderes mehr droht zu verschwinden, genauso wie unsere Sprache.“ Tiina spricht drei verschiedene Sami-Dialekte. Doch um manche Dialekte ist es weit schlechter gestellt: „Ich kenne eine alte Frau in der Nähe von Utsjoki. Sie ist die letzte, die den dort früher üblichen Dialekt beherrscht.“

Osmo nimmt noch einen letzten Schluck Kaffee, der schon längst kalt geworden ist, schnappt sich seine Fellmütze und geht nach draußen. Auf dem Treppenabsatz vor der Tür bleibt er stehen und beäugt kritisch den Himmel, an dem wieder schwere Wolken aufgezogen sind. Ja, die Winter waren früher anders.

Quellen
eigene Recherchen





Bis zu den Oberschenkeln im Meer stehend, hat sich der Außenminister des Südseestaats Tuvalu, Simon Kofe, mit einem eindringlichen Appell an die Weltklimakonferenz gewandt

1,5 Grad schon in fünf Jahren?

Ohne sofortiges Umdenken können die Klimaziele nicht erreicht werden

Glasgow Das gerade erst beim Weltklimagipfel in Glasgow bekräftigte 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens ist laut einem UN-Bericht aus dem September ohne ein sofortiges Umsteuern gar nicht zu erreichen. Die UN-Klimakonferenz hat nach Einschätzung von UN-Generalsekretär António Guterres die Gefahr einer globalen Klimakrise nicht gebannt.

Guterres bezeichnete den Bericht aus dem Spätsommer als „alarmierende Einschätzung, wie weit wir von den Pariser Zielen entfernt sind“. Er warnte vor „katastrophalen Folgen für Menschen und den Planeten“ und forderte „sofortige, schnelle und umfassende Verringerungen der Treibhausgasemissionen“. Auch die in den Beschlüssen von Glasgow erzielten Fortschritte seien „nicht genug“ und voller „Widersprüche“, erklärte Guterres zum Ende des Treffens: „Die Klimakatastrophe steht weiter vor der Tür. Unser zerbrechlicher Planet hängt am seidenen Faden.“ Die Delegierten aus fast 200 Staaten hatten zuvor eine Einigung erzielt, die unter anderem das Maximalziel des Pariser Klimaabkommens einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad stärkt. Die Formulierung zur Abkehr von der Kohle wurde jedoch in letzter Minute auf Betreiben Indiens und Chinas deutlich abgeschwächt.

Der Bericht aus dem September stellt fest, dass sich der Klimawandel und seine Auswirkungen beschleunigen. Die kurzzeitige Abnahme der CO₂-Emissionen wegen der Corona-Pandemie im vergangenen Jahr habe daran nichts geändert.

„In diesem Jahr sind die Emissionen aus fossilen Brennstoffen

wieder angestiegen, die Treibhausgaskonzentrationen haben sich weiter erhöht“, erklärte Guterres.

Der Ausstoß von Treibhausgasen durch fossile Brennstoffe hatte 2019 einen Höchststand erreicht und war 2020 aufgrund der Pandemie und des wirtschaftlichen Abschwungs um 5,6 Prozent zurückgegangen. Außerhalb des Luft- und Seeverkehrs lagen die globalen Emissionen im Durchschnitt der ersten sieben Monate des Jahres 2021 aber wieder auf dem Niveau von 2019.

► 1,5-Grad-Anstieg schon in fünf Jahren erreicht?

Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist tief enttäuscht von den Resultaten der Weltklimakonferenz in Glasgow. Sollte die Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad begrenzt werden – was zwingend notwendig sei, um die heutige Welt zu erhalten – so sei das Warten auf vermeintliche Wunder-Technologien fahrlässig, sagte BUND-Vorsitzender Olaf Bandt. „Wir müssen in den nächsten Jahren für einen zügigen Ausstieg aus unserer fossilen Wirtschaftsweise sorgen. Dazu braucht es einen sozial-ökologischen Umbau aller Sektoren.“ Martin Kaiser von Greenpeace

Deutschland sieht vor allem die nächste deutsche Regierung in der Pflicht: Die Hoffnung, die globale Temperatur noch unter 1,5 Grad stabilisieren zu können, hänge nun an denjenigen Ländern, die ihre Verantwortung wahrnehmen wollen. Für Olaf Scholz, Annalena Baerbock, Robert Habeck und Christian Lindner sei das Ergebnis von Glasgow ein klarer Auftrag, diese Verantwortung zu übernehmen. „Bereits im ersten Regierungsjahr sind Sofortmaßnahmen in der Klimapolitik dringend zu ergreifen. So ist der Kohleausstieg bis 2030 zwingend notwendig. Ab heute dürfen unsere Steuergelder nicht mehr für Kohle, Öl und Gas eingesetzt werden.“

Laut dem UN-Bericht wird die durchschnittliche globale Oberflächentemperatur für die Jahre 2017 bis 2021 schätzungsweise um 1,06 bis 1,26 Grad über dem Ausgangswert liegen. Die Experten gehen außerdem von einer 40-prozentigen Wahrscheinlichkeit dafür aus, dass der Anstieg bereits in den kommenden fünf Jahren 1,5 Grad betragen wird.

Quellen
Vereinte Nationen
BUND
Greenpeace

Der Weltklimarat IPCC hat im August den ersten Teil des sechsten Weltklimaberichts vorgelegt. Das Ergebnis: Die fatalen Konsequenzen des Klimawandels kann man bereits jetzt auf allen Kontinenten spüren. Mit der Teilveröffentlichung des sechsten Sachstandsberichts hat der Weltklimarat unmissverständlich klargemacht, dass die Klimakrise vom Menschen gemacht und befeuert ist. Extremwetterereignisse, Starkregen und Hochwasser, Hitze, Brände und wärmere Winter verdeutlichen dieser Tage die Dringlichkeit, mit der die Menschheit den sozial-ökologischen Umbau der gesamten Gesellschaft einleiten muss.

▷ **Folgt man dem IPCC, welche Prognosen erwarten die Menschen – auch in Europa?**

Der erste Teil des jüngsten IPCC-Berichts, also der sechste Sachstandsbericht, befasst sich mit der Physik des Klimawandels. Er zeigt sehr deutlich, dass sich die globalen Wettermuster ändern. Wir in Europa sind gegen den Klimawandel nicht immun und werden diese Veränderungen mit größerer Wahrscheinlichkeit zu spüren bekommen. Sei es in Bezug auf vermehrte und intensive Regenfälle in einigen Gebieten oder lange Dürreperioden anderswo, wie etwa im Mittelmeerraum. Auch wir in Deutschland sind den Auswirkungen des Klimawandels

nicht mehr so stabil wie früher, so dass die Zahl und Häufigkeit von Extremereignissen – wie zum Beispiel das Hochwasser – nachweislich zunehmen. Während sie in der Vergangenheit eher seltener eintraten, kommen sie heute häufiger und teilweise intensiver vor. Dies ist eine Folge der veränderten Klimabedingungen. Und diese Veränderungen sind gefährlich, weil niemand genau weiß, wo und wann die damit verbundenen Extremereignisse auftreten werden.

▷ **Können Sie uns Ihre Aufgaben für den Weltklimabericht beschreiben. Sie waren ja bereits zweimal dabei, 2010 und 2019.**

Bei den vorangegangenen Berichten war ich als Redakteur tätig. Derzeit bin ich federführender Autor von Kapitel acht, das sich mit Armut, Existenzgrundlagen und nachhaltiger Entwicklung befasst. Genauer gesagt, geht es in meinem Beitrag um Aspekte im Zusammenhang mit dem Einfluss des Klimawandels auf die Armut und das Streben nach einer nachhaltigen Entwicklung. Ich arbeite auch an den Kapiteln sieben und neun über Klimawandel, Gesundheit und Afrika mit.

▷ **Welches sind die Hauptergebnisse Ihrer Arbeitsgruppe?**

Zusammengefasst kann man sagen, dass keine Zeit mehr bleibt, um die Wirkungen des Klimawandels



uns, wie ernst das Thema genommen werden muss!

▷ **Der IPCC ist kein politisches Programm, sondern eine Orientierung für politische Entscheidungen in Sachen Klimaschutz. Wie kann er mehr Gewicht erhalten?**

Der IPCC hat bereits das nötige Gewicht, da er ein unabhängiges Gremium ist, das frei von jeglichem Druck oder äußeren Einflüssen arbeitet. Dessen Hauptzweck besteht darin, die besten verfügbaren wissenschaftlichen Informationen über den Klimawandel zu liefern.

Es bleibt keine Zeit mehr, zu ignorieren

Interview mit Prof. Dr. Dr. h.c. Walter Leal

Lüneburg Er lebt im Landkreis Lüneburg, er lehrt an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg, und er ist weltweit unterwegs. Klimaexperte Professor Walter Leal wurde zum zweiten Mal nach 2010 ausgewählt, im Weltklimarat als führender Autor mitzuwirken. Daneben ist er vielfacher Buchautor zum Thema Klimawandel und Klimafolgenmanagement. Im Interview mit Katharina Jeorgakopulos von der HAW Hamburg erzählt er von seiner Tätigkeit als Klimaexperte im Weltklimarat.

ausgesetzt, einem Phänomen, das zwar global ist, dessen Auswirkungen aber vor allem auf lokaler Ebene zu spüren sind.

▷ **Wie hängen die Brände in Südeuropa und das Hochwasser in Mitteldeutschland miteinander zusammen?**

Dies sind einige Beispiele für die Veränderungen, die wir im globalen Wetter- und Wasserkreislauf erleben. Diese Systeme sind

dels zu ignorieren. Wir erwarten steigende Temperaturen, die nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch bei uns in Deutschland deutlich spürbar werden. Die wärmeren Sommer dürften zum Beispiel für ältere Leute schwer zu ertragen sein, das Überschwemmungsrisiko wird sich erhöhen und die Wasserknappheit verstärken. Auch Veränderungen in der Landwirtschaft sind zu erwarten, so dass die Kosten für Lebensmittel steigen dürften. All das zeigt

Es sind die Politiker:innen, die entscheiden müssen, ob diese Informationen ernst genommen und die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Oder ob sie es vorziehen, diese zu ignorieren. In jedem Fall kennen die Politiker:innen die Risiken, die eine Untätigkeit mit sich bringt.

Ein Kernkraftwerk in Pyhäjoki wäre Wahnsinn



Kalix Die 72-jährige Lena Lagerstam ist so etwas wie die Marianne Fritzen der schwedischen Anti-Atom-Bewegung: das Gesicht im Kampf gegen ein neues Atomkraftwerk auf der finnischen Seite des Bottnischen Meerbusens. Lagerstam wohnt nahe der Küste an der Landgrenze von Schweden und Finnland, rund 200 Kilometer vom geplanten AKW Pyhäjoki entfernt. Mit ihrer Initiative „Kärnkraftsfritt Bottenviken“ (kernkraftfreier Meerbusen) kämpft sie seit zehn Jahren dagegen. Von Mikael Leijon und Andreas Conradt

Die letzten Meter zum Haus von Lena Lagerstam sind abenteuerlich: Es ist dunkel, bitterkalt und die Schneeverwehungen türmen sich meterhoch. Doch im kleinen roten Häuschen ist der Kaffee schon fertig. Schuhe aus, und unser Gespräch kann beginnen:

▷ **Seit wann sind Sie aktiv im Netzwerk „Kärnkraftsfritt Bottenviken“?**

Ich habe im November 2011 zum ersten Treffen aufgerufen. Es kamen 35 Personen, darunter beide Gemeinderäte in Kalix, dem Hauptort

unserer Kommune. Seitdem sind wir immer mehr geworden.

▷ **Wie viele Menschen sind denn heute engagiert?**

Wir sind kein gewöhnlicher Verein mit Mitgliedern, sondern haben rund 500 Namen auf unserer Kontaktliste. Dazu kommen Verbände wie die Schwedische Gesellschaft für Naturschutz, andere Netzwerke und andere Gemeinden.

▷ **Gab es Tage, an denen Sie daran dachten, den Kampf gegen das Atomkraftwerk aufzugeben?**

Nein, die Pläne für ein AKW in Pyhäjoki sind so absurd, dass ich wirklich glaube, gewinnen zu können. Es kann aber manchmal schon entmutigend sein, so viel Zeit mit so etwas Unerfreulichem verbringen zu müssen.

▷ **Dies ist nicht Ihr erster Kampf in Sachen Umwelt. Wie hat Ihr Engagement begonnen?**

In den 80er-Jahren war ich Vorsitzende der Aktionsgruppen gegen ein Atomülllager im zehn Kilometer entfernten Kamlungkalen. Sechs Jahre lang kämpf-



ten wir gegen die Pläne, mitten in Lappland ein Endlager zu errichten. Das ist uns gelungen, aber ein Endlager hat Schweden bis heute noch nicht.

▷ **Sie haben sich immer dafür entschieden, außerhalb der Parteipolitik zu stehen. Warum?**

Als es zum Beispiel um die Rettung des Kalixälven (dt.: Kalix-Fluss) ging, war es meiner Meinung nach ausschlaggebend, aus unterschiedlichen Richtungen zu agitieren und sich mit vielen Gruppen Gehör zu verschaffen. Das gilt in allen Umweltfragen – und insbesondere, wenn man, wie im Fall des in Finnland geplanten AKW Pyhäjoki, aus dem Ausland agitieren muss.

▷ **Wie kam es überhaupt zu Ihrem Umweltengagement?**

Parallel zu meinem Studium an der Universität in Lund wurde das Buch „Der stumme Frühling“ der amerikanischen Biologin Rachel Carson veröffentlicht. Es war die erste allumfassende Publikation über menschengemachte Umweltschäden. Bis Ende der 1960er-Jahre hatte die Umweltbewegung dann so richtig Fahrt aufgenommen. Wir haben damals für ein autofreies Lund gekämpft. Ich war 1969 sogar Teil einer Aktionsgruppe, die bei Demonstrationen die Schädlichkeit von Abgasen durch das Tragen von Gasmasken verdeutlichte (lacht). Ich bin tatsächlich einen langen Weg bis heute gegangen, aber die Richtung war immer die gleiche.

▷ **Sie protestieren und informieren seit mehreren Jahren auf der Hauptstraße in der Küstenstadt Luleå. Wie viele Unterschriften gegen das AKW haben Sie schon zusammenbekommen?**

Wir haben dem finnischen Parlament kürzlich 36000 Namen übergeben, aber wir beabsichti-



Lena Lagerstam

gen, weiterzumachen, bis das Projekt in Pyhäjoki gestoppt wird.

▷ **Wie viele Kommunen unterstützen das Netzwerk?**

Immerhin 22. Das sind alle Küstengemeinden bis hinunter nach Sundsvall mit Ausnahme von Härjedalen und Luleå.

▷ **Ist das Umweltbewusstsein in Schweden größer als drüben in Finnland?**

Es sieht so aus, ja. Wir kooperieren mit der finnischen Umweltbewegung, aber weder die noch der finnische Naturschutzverband sind besonders stark. Wir hatten eine Zeitlang Kontakt zu einer finnischen Aktionsgruppe, aber die Situation eskalierte, als die Rodungen für das Gelände des AKWs begannen und die Ferienhäuser vom Betreiber plötzlich nicht mehr gekauft, sondern enteignet wurden. Das führte zu Konflikten innerhalb der Familien.





Kärnkraftsfritt Bottenviken vereint alle, die den Bau von AKW im Bottnischen Meerbusen stoppen wollen. „Wir glauben, dass nicht die Atomkraft eine Lösung für die Klimabedrohung ist, sondern ein Ende der Energieverschwendung, intelligente Energietechnologien und verschiedene erneuerbare Energien.“ Das Netzwerk wurde 2011 gegründet und hat seither viele Eingaben und Manifeste verfasst und zusammen mit anderen Organisationen zahlreiche Veranstaltungen, Demonstrationen und eine große Konferenz organisiert. „Dabei ist sehr erfreulich, dass es in Schweden eine starke Bewegung gegen den Bau eines finnisch-russischen Kernkraftwerks am Bottnischen Meerbusen gibt“, so das Netzwerk. Bisher haben sich schon 22 Gemeinden in Norrland mit insgesamt 560 000 Einwohner:innen auf verschiedene Weise gegen Pyhäjoki ausgesprochen.

Das Kernkraftwerk Pyhäjoki soll auf der Halbinsel Hanhikivi von dem Gemeinschaftsunternehmen *Fennovoima Oy* geplant, gebaut und betrieben werden, einem Zusammenschluss aus verschiedenen Unternehmen Finnlands sowie der *Rosatom*-Tochter *Rusatom Overseas*. Die Anlage soll das dritte Kernkraftwerk Finnlands werden und spätestens am 1. Januar 2024 unter Vollast fahren. Doch das wird wohl nicht klappen: So schreibt der Skandinavien-Korrespondent der taz, Reimhard Wolff: „Die Kosten laufen davon, der Zeitplan für Baubeginn und Inbetriebnahme wurde mehrfach revidiert und verschoben. Die Planungsunterlagen sind so mangelhaft, dass das Projekt auch nach einem sechsjährigen Zulassungsverfahren noch nicht genehmigungsreif ist. Und die meisten unabhängigen Analysen gehen davon aus, dass das Vorhaben weder profitabel werden kann noch überhaupt Bedarf für den zusätzlichen Strom besteht. Kürzlich stellte sich heraus, dass auch eine riesige Finanzierungslücke klafft, und nun meldet das Militär zusätzlich Bedenken wegen der nationalen Sicherheit an.“ Und der Strommarktexperte Iivo Vehviläinen ergänzt: „Schon jetzt und erst recht in Zukunft kann Strom mit anderen, schneller als erwartet eingeführten Produktionsmethoden günstiger erzeugt werden.“

Fotos S. 10 und 11: Fennovoima, Amritcharaj Stephen

Am Ende hatte die Gruppe nicht die Kraft, Widerstand zu leisten.

▷ Welche Auswirkungen hätte ein Atomkraftwerk in Pyhäjoki?

Für mich ist das größte Problem die Lagerung des Atommülls. Erst in den 2040er-Jahren soll darüber entschieden werden. Bis dahin würde der Abfall in Pyhäjoki bleiben. Er muss ohnehin dreißig bis vierzig Jahre in einem Zwischenlager abklingen – geplant ist eine Halle mit Abklingbecken direkt am Strand.

▷ Wie ist der Bottnische Meerbusen betroffen?

Die Temperatur nimmt zu! Das Kernkraftwerk benötigt zur Kühlung bis zu 45 Kubikmeter Wasser pro Sekunde, und beim Zurückpumpen ist es zwölf Grad wärmer.

▷ Inzwischen gilt das Atomkraftwerk Pyhäjoki als zu teuer und nicht mehr erforderlich. Warum war und ist die Planung ein so langwieriger Prozess?

Der erste Antrag wurde schon 2005 gestellt, und die finnische Behörde für Strahlung und nukleare Sicherheit wartet immer noch auf die Übergabe planerischer Unterlagen. Als wir vor zwei Jahren in Helsinki waren, hatten die Betreiber erst zehn Prozent der angeforderten Unterlagen eingereicht. Ich glaube, dass der größte Partner im Konsortium, die russische Rosatom, zögerlich ist, Unterlagen zu Nuklearanlagen an eine ausländische Regierung zu übergeben.

▷ Was macht Sie wütend?

Ich bin verärgert, Politiker immer

wieder lügen zu hören. Wie können sie den Weiterbetrieb des alten schwedischen Kernkraftwerks Ringhals genehmigen, obwohl sie wissen, wie gefährlich das Ding ist? Die Leute sind heute ignorer; es gibt nicht das gleiche gesellschaftliche Engagement wie früher. Als es losging mit den Plänen für das Endlager hier vor meiner Tür, das angeblich Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen hätte, luden wir die Bevölkerung zu Informationsveranstaltungen ein. Durch die Gespräche haben wir es schließlich geschafft, die Pläne zu stoppen. Heute ist das alles viel schwieriger. Social Media ist ja schön und gut, aber was sind 5000 „Likes“ wert, wenn wir mit niemandem mehr von Angesicht zu Angesicht sprechen können? Erreichen wir dann wirklich auch Menschen außerhalb unserer eigenen Blase?

▷ Wann waren Sie das letzte Mal wirklich glücklich?

Ich empfinde viel für die Natur. Vor ein paar Tagen besuchten wir die Kamlunge-Stromschnellen, es gibt nichts Herrlicheres als im Wald spazieren zu gehen. Es tut auch gut zu wissen, dass es uns gelungen ist, den Kalix-Fluss zu retten und dass es in Kamlunge nicht mehr als diese 38 Löcher für die Probebohrungen gibt.

▷ Wie lange werden Sie sich noch in der Initiative „Kärnkraftsfritt Bottenviken“ engagieren?

Ich werde weitermachen, bis der Bau des Kernkraftwerks drüben in Finnland gestoppt wird.

Quellen
Norbottens Kuriren
Kärnkraftsfritt Bottenviken
Fennovoima



Atomkraft ist keine Alternative

... allen Beteuerungen zum Trotz

Energie Selbst wenn die Europäische Union die Atomkraft als „nachhaltig“ einstufen sollte, könnte ihr weltweites Aus schon besiegelt sein. Hinter vorgehaltener Hand äußern Kritiker längst die Annahme, dass am Ende nicht Umweltschützer, sondern Banker die Verhinderung neuer Reaktoren bewerkstelligen könnten.

Um das Abschmelzen von Polen und Gletschern und extreme Wetterereignisse mit verheerenden Folgen wie Dürre auf der einen und Überschwemmungen auf der anderen Seite stoppen zu können, wurde zuletzt auf dem Weltklimagipfel in Glasgow vereinbart, die Erderwärmung auf maximal 1.5 Grad zu begrenzen.

Leider ruft das beständig auch die Atomlobbyisten auf den Plan: Ein Beitrag, den CO₂-Ausstoß weltweit zu senken, sei die Nutzung der Atomkraft, behauptet beispielsweise die Internationale Atomenergieagentur (IAEA). Ihr Präsident Rafael Mariano Grossi forderte im Vorfeld des Gipfels in Schottland massive Investitionen in die Atomkraft.

Nachdem bereits Armin Laschet (CDU) im Bundestagswahlkampf davon sprach, es wäre klüger gewesen, zuerst aus der Kohle und erst dann aus der Atomkraft auszusteiigen, stellte kürzlich auch EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen die Atomkraft als eine Säule der Energieerzeugung dar: „Wir brauchen eine sichere Quelle, Kernenergie und während des Übergangs auch Gas.“

Den notwendigen Gegenwind bekommt die Lobby durch ein breites, internationales Bündnis von Nichtregierungsorganisationen namens *Don't Nuke The Climate* (DNTC), zu dem auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg gehört. Im Vorfeld der Weltklimakonferenz im Glasgow hat DNTC ein Statement gegen das Greenwashing der Atomkraft vorgelegt – sei es durch Lobbyverbände oder im Rahmen der EU -, das von mehr als 400 Organisationen unterzeichnet wurde.

► Zu teuer

In dem Statement heißt es – und die Pläne für das finnische AKW Pyhäjoki erscheinen nachgerade als Beweis für diese These – Kernkraft sei heute eine der kapitalintensivsten und teuersten Möglich-



keiten der Stromerzeugung und die Kosten stiegen ständig weiter. Die Kostenschätzungen für im Bau befindliche Reaktoren in Europa und den USA nähmen weiter zu, und etliche lägen Milliarden Dollar über dem Budget und viele Jahre hinter dem Zeitplan.

► Zu spät

Atomkraft ist eine viel zu langsame Reaktion auf ein immer drängenderes Problem. Planungen und Genehmigungen für AKWs sind langwierig, ihr Bau dauert viele Jahre. Zeit, die die Menschheit angesichts der immer schneller voranschreitenden Klimakatastrophe nicht mehr hat. Weltweit dauert der Bau von Reaktoren durchschnittlich ein Jahrzehnt oder länger, und Verzögerungen sind eher die Regel als die Ausnahme.

► Nicht nachhaltig

Die Kernkraft bedarf zwingend des Uranbergbaus. Wie der Kohlebergbau, verursacht auch der Abbau von Uran Umweltschäden und gefährdet Arbeiter:innen und ganze Gesellschaften. Der Uranabbau verbraucht zudem große Mengen kostbaren Wassers, vom Uranabbau und der Verarbeitung bis hin zur Reaktorkühlung. Kernkraftwerke sind außerdem anfällig für die Folgen des Klimawandels, darunter schwindende und sich erwärmende Gewässer, den Anstieg der Meeresspiegel, Dürren, Quallenschwärme und zunehmende Sturmstärken.

Keine Renaissance der Atomkraft

Die Atomkraft ist auch alles andere als klimaneutral: Die propagierte Nuklearenergie mit nahezu null Emissionen gibt es nicht. Zwar sind sie aus der Atomkraft niedriger als bei fossilen Brennstoffen, aber viel höher als bei erneuerbaren Energien, wenn die Emissionen des gesamten Lebenszyklus' eines Kraftwerks und die der gesamten nuklearen Kette berücksichtigt werden: Fast jede Stufe erfordert zusätzliche, nichtnukleare Energieträger. Da die Uranerzgehalte sinken, wird der CO₂-Fußabdruck der Atomkraft zudem steigen, auch der Transport von Materialien und die laufende Entsorgung nuklearer Abfälle sind energieintensiv.

► Ungerecht

Die Nuklearindustrie wirkt sich überproportional sowohl auf indigene Gemeinschaften als auch auf diejenigen mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status auf der ganzen Welt aus. Der Uranbergbau, das Erbe von Waffentests und der Entsorgung von Atommüll, wirkt sich auf einige der am stärksten gefährdeten Gemeinschaften der Welt aus und bedroht ihre Lebensgrundlagen. Die Strahlenbelastung stellt zudem ein größeres Risiko für einige der am stärksten gefährdeten Personen in unserer Gemeinschaft dar, darunter Kinder, schwangere Frauen und Menschen mit Vorerkrankungen.

Quellen
Don't Nuke The Climate
eigene Recherchen



Kahlschlag in Sápmi

Arjeplog Geht es um den Raubbau an Wäldern, wird reflexartig auf Südamerika gezeigt, und natürlich ist die ungebremste Abholzung des Amazonas' eine Katastrophe für das Weltklima. Nur sollte dabei zweierlei nicht vergessen werden: 16 Prozent der globalen Tropenabholzung gehen auf das Konto der EU. Sie liegt damit auf Platz zwei der Weltrangliste der Waldzerstörer. Nicht minder dramatisch ist zudem die ständig steigende Waldernte in der Europäischen Union selbst. Gerade in Lappland zeigt sich das in drastischer Weise: Während sich der Norden Skandinaviens überproportional schnell und stark erwärmt, sind die Rentiere am Polarkreis und mit ihnen des Volk der Samen durch großflächige Abholzung von Wäldern zusätzlich bedroht. Allein in den letzten zwei Jahrzehnten ist die Rentierpopulation um fast 50 Prozent zurückgegangen.

„Das indigene samische Volk Europas hat schon immer in Sápmi gelebt, es kommt von nirgendwo anders, es kennt keine Ländergrenzen, traditionell keine festen Wohnsitze, es ist ein Volk ohne Land. Ohne die Rentiere, die sich perfekt an die raue Arktis angepasst haben, hätten die Sami nicht überleben können.“ Sofia Jannok muss es wissen: Sie ist Sami, Umweltaktivistin und zudem erfolgreiche Musikerin, die die Stilelemente des samischen Joik-Gesangs mit moderner Popmusik vereint.

Doch seit den 1970er-Jahren wird das Gebiet Sápmis, das sich immerhin von der Küste Norwegens bis auf die Kola-Halbinsel in Russland und von Sundsvall im Süden bis hinauf zum Nordkap erstreckt, so stark abgeholzt, dass heute nur noch kleine Inseln mit Urwald übrig sind. Diese Veränderung der Landschaft hat die Vorkommen von Flechten, wichtiger Bestandteil der Nahrung von Rentieren, um 70 Prozent reduziert.

Dort, wo nach einem Kahlschlag aufgeforstet wird, pflanzen Holzunternehmen eine dichte und invasive Kiefernart, die die Rentiere nicht passieren können. Nach jahrzehntelanger Abholzung sind die alten Wälder heute noch wichtiger für das Überleben der Rentiere als früher – auch, weil Lappland mehr als andere Regionen Europas so stark vom Klimawandel betroffen ist. Im Glasgower Abkommen wurde festgeschrieben, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Doch in Sápmi ist dieser Wert seit langem überschritten – hier sind es laut dem Schwedischen Meteorologischen und Hydrologischen Institut (SMHI)

jetzt schon zwei Grad. Besonders im Winter hat dies dramatische Auswirkungen: Wenn der Schnee antaut oder es gar darauf regnet, dann wieder friert, kommt es zu einer hart vereisten Oberfläche, und es ist für die Rentiere unmöglich, darunter zu graben, um an ihr Futter zu kommen. Dann müssen sie über dem Schnee Nahrung finden, wie besagte Flechten, die aber nur von den jahrhundertealten Bäumen herabhängen. Letzten Winter haben einige Herden nur dank der natürlichen Wälder überleben können.

Nun plant Europas größtes Holzeinschlagsunternehmen, das staatliche schwedische Unternehmen *Sveaskog*, die Abholzung der letzten verbliebenen natürlichen Wälder im samischen Rentierzuchtgebiet Luokta-Mávas im Norden des Landes. „Wenn diese Wälder abgeholzt werden sollen, ist das ein weiterer kolonialer Akt, mit dem wir endgültig aus den Geschichtsbüchern gelöscht werden“, sagt Lars Anders Baer, Vorsitzender des samischen





Sofia Jannok



Lina Burnelius



Lars Anders Baer

Rentierzuchtbezirks Luokta-Mávas. „Sveaskog bezeichnet diese Wälder als ‚Objekte‘. Für uns können Wälder keine Objekte sein. Das Land der Rentiere ist unsere Heimat.“

Die Abholzungspläne von Sveaskog bedeuteten enorme Mengen an Treibhausgasen und einen weiteren Rückgang der Biodiversität, sagt Klima- und Landnutzungsexpertin Lina Burnelius. „Wenn wir zum Beispiel *Skeletocutis lenis* (Baumpilz ‚Langporiger Knorpelporling‘, *Anm. d. Red.*) finden, wissen wir, dass es totes Kiefernholz gibt, für dessen Entstehung der Wald etwa 500 Jahre brauchte. Worte können das Fundament des Lebens und die Größe der Kohlenstoffvorräte, die diese Wälder enthalten, nicht ansatzweise erklären. Sie müssen geschützt und nicht abgeholzt werden.“

Man könne Naturwälder nicht abholzen und gleichzeitig den Klimakollaps stoppen oder das Pariser Abkommen einhalten. Nur wenn die Rechte der indigenen Bevölkerung von Luokta-Mávas respektiert würden, hätte Schweden immer noch eine Chance, dem Pariser Abkommen gerecht zu werden, so Burnelius.

Zwar gilt im schwedischen Recht

die Rentierhaltung als traditioneller Lebensunterhalt der Samen, und diese Lebensweise wird auch international durch die Deklaration der Rechte indigener Völker (UNDRIP) geschützt. Doch die schwedische Regierung will diese Deklaration trotz Kritik durch die UN nicht ratifizieren. Dabei birgt das traditionelle Wissen der indigenen Völker über Ökosysteme und die Pflanzen- und Tierwelt ein wichtiges Potenzial für Wald- und Klimaschutz: Indigene Völker schützen heute rund 80 Prozent der weltweit verbliebenen Biodiversität. Deshalb ist der Schutz der Rentiere von so zentraler Bedeutung, nicht nur für die Rentierzüchter, sondern für die Menschheit insgesamt. Er ist, nebenbei, die einzige Chance, die angestammte Heimat der Sami für zukünftige Generationen zu erhalten.

„Die Rentiere sind ein grundlegender Bestandteil unserer Kultur“, so die samische Sängerin Sofia Jannok. „Meine Mutter sagt immer, und ihr Vater hat vor ihr gesagt, solange die Rentiere hier leben, können wir das auch. Jetzt stehen wir vor einem Szenario,

in dem die Rentiere verhungern, wenn diese Abholzungen fortgesetzt werden. Als indigene Bevölkerung liegt unsere Identität in unserer Umgebung. Deshalb ist es wie eine Wunde in unserem Herzen, zu sehen, wie all diese Wälder abgeholzt werden. Dieses Land ist unsere Geschichte – indem sie diese Wälder zerstören, zerstören sie nicht nur unsere Geschichte, sondern auch unsere Zukunft.“ Sofia Jannok hat dagegen eine Kampagne zum Schutz der Wälder in Sápmi ins Leben gerufen. Bisher haben mehr als 30000 Menschen die Petition unterschrieben, die auch von Greta Thunberg unterstützt wird.

„Unsere Sprache zeigt, wie wichtig die Umgebung für uns ist: Es gibt unzählige Beschreibungen der Rentiere, des Schnees und der Vielfalt der Landschaft. Wir erwähnen aber nie das Wort ‚Natur‘. Wir sind die Natur.“

Quellen
Bundesministerium für Entwicklung
Arvas Foundation
Skydda Skogen
WWF
UNPFII





Ende der Rodungen? Erst 2030!

Der Holz-Ausstieg kommt womöglich zu spät

Glasgow Auf der UN-Klimakonferenz COP26 im schottischen Glasgow haben mehr als 100 Staaten einen Pakt geschlossen, um die weltweite Entwaldung bis 2030 zu stoppen.

Um große Worte ist Boris Johnson ja nie verlegen. „Als Kathedralen der Natur“ hat der britische Premierminister die Wälder auf dieser Welt bezeichnet. Sie seien unverzichtbar für unser Überleben. Mit diesem Hinweis unterstrich er die Wichtigkeit einer Initiative von rund 140 Ländern, die die Abholzung von Wäldern stoppen soll – allerdings nicht sofort, sondern bis zum Jahr 2030. Mitunterzeichner sind alle EU-Staaten – auch Schweden. Die beteiligten Länder sind zusammen für mehr als 86 Prozent der globalen Waldfläche verantwortlich. Auf Grundlage des Abkommens soll eine umfassende, weltumspannende Zusammenarbeit bisher ungekannten Ausmaßes entstehen.

Boris Johnson hatte bereits vor der Konferenz den hohen Stellenwert der Wälder im Kampf gegen den Klimawandel betont. Zu den mehr als 100 Staaten, die sich dem Pakt angeschlossen haben, zählen neben der EU auch Russland, Brasilien, die USA und sogar China. Für die Umsetzung sind aus öffentlicher Hand rund 11 Milliarden Euro vorgesehen, von privater Seite sind zusätzlich noch 6,5 Milliarden angekündigt. Nur so, betonte Johnson, könne die Staatengemeinschaft das 1,5-Grad-Ziel noch erreichen. Die Wälder seien unverzichtbar für unser Überleben. Die Menschheit hätte mit der Selbstverpflichtung



In Nigeria werden Palisander-Bäume gefällt und das Holz nach China verkauft. Geht der Einschlag weiter wie bisher, gibt es in Nigeria bald kein Rosenholz mehr.

durch den Waldpakt die Chance, vom „Eroberer zum Hüter der Natur“ zu werden.

► Kritik von Umweltschützern fällt deutlich aus

Es stellt sich allerdings die Frage: Wie verbindlich sind die Bekenntnisse der beteiligten Regierungen wirklich? Von Seiten der Umweltschützer gibt es hierauf eine klare Antwort: Der Waldpakt greift nicht weit genug! Grundsätzlich sei er zwar zu begrüßen, es müssten jedoch schnell verbindliche Regelungen getroffen werden, damit dieses Ziel auch wirklich erreicht werden könne. „Unsere Wälder verschwinden in alarmierendem Tempo. Dabei liegt ihr Schutz im ureigensten Interesse der Menschheit. Nur mit einem internationalen Kraftakt können wir die aktuelle Ära der Naturzerstörung stoppen. Die Ankündigung der Staats- und Regierungschefs zeigt in die richtige Richtung, droht jedoch zu verpuffen, wenn sie nicht zügig mit verbindlichen Abkommen abgesichert wird“, betonte Dr. Susanne Winter, Programmleiterin Wald beim WWF Deutschland. Greenpeace geht noch einen Schritt weiter. Für den Verband stellt das Abkommen der Staatengemeinschaft einen Freifahrtschein für weitere zehn Jahre Abholzung dar. Dies sei einer der Gründe, warum beispielswei-

se Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro den Pakt so bereitwillig unterzeichnet habe, obwohl die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes unvermindert weitergehe. Allein im Jahr 2020 hätten sich dadurch die Treibhausgasemissionen Brasiliens um 9,5 Prozent erhöht.

Auch die deutsche „Fridays for Future“-Aktivistin Luisa Neubauer kritisierte das Abkommen scharf. Es sei vollkommen unzureichend. Die Entwaldung müsse augenblicklich gestoppt werden, so Neubauer in einem Interview mit dem Nachrichtensender WELT. „Wir haben nicht weitere neun Jahre Zeit, um zu entwalden, als gäbe es kein Morgen.“

► Vergesst Lappland nicht!

Und im allgemeinen Getöse der Debatten um Regenwälder, Tropenholz, Brasilien und Präsident Bolsonaro geht der Lärm der Rodungsmaschinen im lappländischen Nadelwald wie eh und je unter.

Es wird sich also noch erweisen müssen, inwiefern den Bekenntnissen der Staatengemeinschaft nach der UN-Klimakonferenz auch Taten folgen werden. Nicht nur in Übersee, sondern auch an „unserem“ Polarkreis.

Quellen
WWF
Greenpeace
Tagesschau
FAZ

EU will Entwaldung stoppen

WWF stellt zusätzliche Forderungen

Brüssel Die EU-Kommission hat ein Gesetz zum Stopp des europäischen Beitrags zur globalen Entwaldung vorgelegt. Doch Der WWF fordert in vielen Punkten Nachbesserungen des Gesetzentwurfs.

Mitte November hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine EU-Gesetzgebung zum Stopp der europäisch verantworteten globalen Entwaldung vorgelegt. Der lange geplante Entwurf kam im direkten Nachgang zur Waldschutz-Deklaration der Glasgower Klimakonferenz. Darin hatten sich über 140 Staats- und Regierungschefs ein Ende des weltweiten Waldverlusts bis 2030 zum Ziel gesetzt. Umweltschützer begrüßten das Gesetzesvorhaben, warnten jedoch vor absehbaren Schwächen, die die Bemühungen zum Schutz der Wälder und der im Falle von Verlagerungseffekten betroffenen weiteren Ökosysteme empfindlich ausbremsen könnten.

„Die Zeit der wirkungslosen freiwilligen Selbstverpflichtungen ist endlich vorbei. Europa hat Einfluss auf Wälder weltweit und muss dafür Verantwortung übernehmen. Durch die in der EU gehandelten Rohstoffe und Produkte dürfen keine natürlichen Lebensräume mehr verloren gehen. Mit dem Gesetz kann dafür ein Meilenstein erreicht werden. Doch gut gemeint ist nicht gut gemacht. Wir brauchen ein kompromisslos starkes Wald-



Klimawandel: Raubbau

und Ökosystemschutzgesetz ohne Schlupflöcher“, fordert Christoph Heinrich, Vorstand Naturschutz beim WWF Deutschland.

Ein starkes Gesetz zum Schutz der Wälder weltweit würde ein glaubwürdiger nächster Umsetzungsschritt der Glasgower Erklärung zu Wald- und Landnutzung sein. Der WWF forderte die neue Bundesregierung darum auf, hier Flagge zu zeigen und sich für ein wirksames Gesetz und dem damit erreichbaren Biodiversitäts- und Klimaschutz stark zu machen. Fehler, die bei der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) identifiziert wurden, dürften nicht wiederholt werden. Die Wälder weltweit, aber auch andere wichtige artenreiche Öko-

systeme wie Savannen und Grasländer verschwinden derzeit in alarmierendem Tempo, so der WWF. Dabei liege ihr Schutz im ureigensten Interesse der Menschheit. Denn der Stopp von Entwaldung und Naturzerstörung sei ein riesiger Hebel, um Erderhitzung und den Verlust der Artenvielfalt aufzuhalten.

Einer aktuellen Studie zufolge ist die Ausweitung der Landwirtschaft für fast 90 Prozent der weltweiten Entwaldung verantwortlich – deutlich mehr als bisher angenommen. Allein die EU ist für 16 Prozent des Tropenwaldverlusts im Zusammenhang mit dem internationalen Handel von Rohstoffen wie Soja, Palmöl, Rindfleisch und Holz verantwortlich.

Die Forderungen des WWF

Schutz von Wäldern und natürlichen Ökosystemen von Anfang an: Die Kommission schlägt vor, nach der ersten Überprüfung des Gesetzes zwei Jahre nach Inkrafttreten, zu prüfen, ob auch andere natürliche Ökosysteme wie Grasland und Feuchtgebiete einbezogen werden sollen. Das ist zu spät: Denn diese Ökosysteme gehen in einem alarmierenden Tempo verloren. Hier entscheidet sich der Fortbestand der biologischen Vielfalt und der natürlichen Kohlenstoffspeicherung. Es müssen alle relevanten Produkte und Waren erfasst sein, die mit Naturzerstörung in Verbindung stehen: Heißt auch solche, die nicht die Haupttreiber der globalen Abholzung sind, in vielen Ländern und Regionen aber die Hauptrolle spielen – wie Kautschuk und Mais. Insbesondere müssen neben den Agrarrohstoffen auch alle holzbasierten Rohstoffe und Produkte erfasst sein, da sie ein Haupttreiber für Entwaldung sind. Menschenrechtsverletzungen müssen verhindert werden. Die Gesetzgebung muss eindeutige Bestimmungen zum Schutz der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, zur

Wahrung gewohnheitsrechtlicher Eigentumsrechte und zur Gewährleistung der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) enthalten.

Die Sorgfaltspflicht muss unabhängig davon sein, aus welchen Ländern Unternehmen ihre Produkte beziehen und muss für Unternehmen jeder Größe gelten: Die Unternehmen sollten rechtlich für die Einhaltung aller Vorschriften verantwortlich sein, unabhängig davon, ob ein Produkt aus einem Herkunftsland mit niedrigem oder hohem Naturzerstörungsrisiko kommt. Außerdem sollten für alle Unternehmen die gleichen Regeln gelten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.

Für eine effektive Umsetzung der Rechtsvorschriften braucht es öffentliche Transparenz bei Informationen zu den Produkten und bei den Kontrollen in allen EU-Mitgliedsländern. Aus der Umsetzung der EUTR ist deutlich geworden, dass die Umsetzung der Rechtsvorschriften nur funktioniert, wenn die Strafen verhältnismäßig und insbesondere auch abschreckend sind.



Als der **Kastor** kam

Vor 10 Jahren rollte der letzte Transport mit hochradioaktivem Müll ins Wendland

Gorleben „Der Castor kommt!“ Diese „fünfte Jahreszeit“, in der es im herbstlichen Wendland regelmäßig noch einmal so richtig grün wurde vor lauter Uniformen, hat sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt. Gorleben war jahrzehntelang der Ort, an dem das Ende der Atomkraft auf der Straße verhandelt wurde. Zehn Jahre ist der letzte Atomtransport ins Wendland jetzt her, und er brachte die entscheidende Wende im Kampf gegen den ungeeigneten Standort: Zwar gab es schon vor dem November 2011 zaghafte Überlegungen, die Endlagersuche neu auszurichten. Aber als nach dem 13. Castortransport klar wurde, dass auch zigtausend Polizisten es nicht vermochten, die Fuhre gegen den kreativen und geschlossenen Widerstand aus Bauern und Bürgern durchzuknüppeln, wurde in Hannover und Berlin umgedacht. Das Ergebnis ist die sogenannte „neue Endlagersuche“, in deren Zuge Gorleben im Spätsommer 2020 endlich aus dem Verfahren fiel.



Wolfgang Ehmke hat, wie viele Bewegte, eine besondere Beziehung zu dieser Zeit und seine Eindrücke in einem Roman verarbeitet. Sein „Held“, Robert, hetzt zwischen Hamburg und dem Wendland hin und her, in seinen Träumen wirkt das Aktionsgeschehen rund um den Castortransport 2011 nach. Anlässlich des Jahrestags bringen wir einen Auszug aus Ehmkes „Der Kastor kommt“ und bebildern die Seiten mit Gemälden der Hamburger Malerin Hannelore Conradt, die 2006 mitten im Getümmel der Castor-Proteste entstanden sind.

Heute Nacht war er mittendrin im Geschehen. Robert hatte ganz deutlich gesehen, wie sich eine schlanke Gestalt mit schwarzer Jacke und Kapuze den Weg durch das Unterholz bahnte und sich an verstreuten kleinen Pulks von Polizisten, die den Fahrzeugkonvoi auf dem Waldweg in lockerer Kette begleiteten, vorbeischlängelte. Dann verhüllte der Kapuzenträger sein Gesicht mit einem schwarzen Tuch. In aller Ruhe zog nun er eine Pistole aus der grünbraun gescheckten Armeehose und feuerte Leuchtmunition gezielt unter das erste Polizeifahrzeug. Es zischte und glühte unter dem Wagen. Wie bengalisches Feuer, dachte Robert.



Der Bengalo-Junge stand noch für einen Augenblick unbehelligt herum. Die Polizisten in schwerer Montur schienen ihn zu ignorieren, stapften in loser Kette nebenher, eskortierten den gepanzerten Wagen, der Fahrer drückte etwas aufs Gaspedal. Das Räumfahrzeug hielt nun auf eine Gruppe von Demonstranten zu, einige mit Strohsäcken und andere mit roten Nasen. Die Clownsarmee war also auch da. Andere liefen in auffällig bunten Klamotten herum. Wahrscheinlich war das ein versprengtes Häuflein Schotterer. Die Bahngleise waren nicht weit und sie hatten versucht, den Bahnschotter aus dem Gleisbett herauszukratzen, zu stampfen oder zu treten. Der Reizgasnebel der unzähligen Dosen, die Polizisten in diesem Jahr verschossen hatten, biss in den Augen.

Jetzt zog der Bengalo einen Farbbeutel aus dem buntkarierten Umhängebeutel, es klatschte. Treffer! Die Farbe spritzte und lief an der Sichtluke des Wagens in feinen Schlieren herab. Der Wagen stoppte jäh. Nach einer kurzen Pause macht er einen heftig ruckelnden Satz zurück und dann nach vorn und hielt ungebremst auf ein Grüppchen von Demonstranten auf dem Waldweg zu. Einige ließen erschreckt ihre Strohsäcke fallen und rannten weg, verschluckt vom Unterholz. Schreie gellten durch den Wald. Eine junge Frau stolperte über Äste, die eilig auf den Waldweg gezogen wurden, knickte um, stürzte zu Boden, richtete sich wieder auf und krümmte sich vor Schmerz, der Räumpanzer fuhr mit unverminderter Geschwindigkeit auf sie zu. Ein vermummter Typ preschte aus dem Unterholz hervor, lief in großen, hasenartigen Sprüngen zu ihr hin und verharrte neben ihr auf dem Weg, stützte sie. Sie humpelte stark und trippelte mit schmerzverzerrtem Gesicht von einem Bein aufs andere. Sie kamen nicht voran. Ihr Beschützer riss sich seine Beanie-Mütze vom Kopf, wedelte damit in der Luft herum und hob beschwörend die Arme in Richtung Panzerwagen. Stopp! War der lebensmüde, der wird doch gleich von dem ungestümen Stahlkoloss zermalmt, dachte Robert. Der Typ streifte sich die Mütze wieder über, bückte sich und warf nun alles, was es auf dem Waldweg zu greifen gab, gegen den Wagen. Sand, Kies, Steine. Das Räumfahrzeug tuckerte weiter auf sie zu. Jetzt ruderte die Beanie-Mütze mit den Armen wie ein Raddampfer, sprang zurück zu der Frau und riss sie wuchtig mit sich vom Fahrweg runter in das Blaubeer-



und Moosgesträuch am Wegesrand. So abrupt, wie der Wagen unvermittelt vorwärts geschossen war, stoppte er plötzlich. Der Tann und die Traumnacht hatten die Humpelnde und den Kerl verschluckt, nur dessen Mütze blieb noch in Roberts Alb hängen. Die hatte er schon mal gesehen.

Der Wecker knarzte in kurzen Intervallen. So grässlich, dass Robert sich im Bett blitzschnell drehte, sofort und zielsicher den Schaltknopf herunterknallte. Er lag völlig erschöpft auf dem Bett, atmete schwer. Noch fünfzehn Minuten! Dann musste er sich einen kräftigen Ruck geben und aufstehen. Fünfzehn kostbare Minuten zwischen Schlafen und Wachen. Die erste Nacht wieder im Schanzen-Bett. Mittwoch. Wirklich Mittwoch?!

Sein Zeitgefühl war völlig zerrüttet. Gestern hatte er es tatsächlich geschafft, zur Konferenz rechtzeitig in der Schule aufzutauchen. Fast rechtzeitig! Und wie war das noch am Montag? Er spulte im Kopf die Tage zurück. Genau, der Tag, als der Kastor kam, da hatte er in der Frühe den Schul-Abstecher gemacht, war nach Hamburg gefahren, hatte den Unterricht irgendwie überdämmert. Übernächtigt. Überwach. War jeglichen Begegnungen und Gesprächen aus dem Weg gegangen. Hatte sich gleich wieder rausgeschlichen. Zack! Zurück zum Ort des wirklichen Geschehens!

Erstmal Esso-Wiese. Absprachen treffen. Da war noch Luft, da war noch Zeit. Es dauerte schließlich bis 22 Uhr, erst dann war der letzte Kastorbehälter in Gorleben angekommen. Das Wording untereinander mussten sie klären für die abschließende Pressekonferenz gleich danach, spät in der Nacht in den Trebeler Bauernstuben. Der 13. Kastortransport nach Gorleben war am Ziel. Stolz bilanzierte die Anti-Atom-Szene, er hätte 125 Stunden und 49 Minuten gebraucht. Robert war diese Minutenzählerei zuwider. Ja, eigentlich! Viel wichtiger war ihm, dass sie 35 Jahre nach der Benennung Gorlebens als nukleares Entsorgungszentrum nicht eingeknickt waren. Dass sich erst 113 Kastoren auf den 420 Stellplätzen in der Lagerhalle verloren. Doch was heißt schon „erst“. Und dass das geplante Endlager im Salzstock, nur einen Steinwurf ... äh, nur 500 Meter Luftlinie entfernt, verbesserte er sich in der Schlusskonferenz vor den Journalisten ... nicht wie ursprünglich geplant 1999 den Betrieb aufgenommen hatte. Das müsse man sich mal vorstellen. Schon 1999!

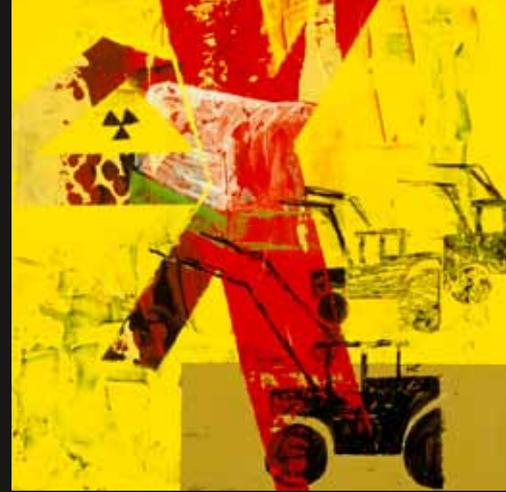
Der Hass und die Gewalt, die meinen Kolleginnen und Kollegen von einzelnen autonomen Gruppen entgegenschlug, waren ohne Beispiel, hatte ein Polizeigewerkschafter auf Info-Radio gesagt. Er meinte natürlich diese Szenen in der Görde, was sonst! Teuer würde die Sache auch, das Land Niedersachsen blieb auf den Kosten



Wolfgang Ehmke
Der Kastor kommt
Paperback
132 Seiten
Köhring-Verlag
EUR 8,90

Erhältlich bei der BI Lüchow-Dannenberg:
Persönlich: Rosenstraße 20, Lüchow
Telefonisch: 05841 - 4684
Per Mail: buero@bi-luechow-dannenberg.de

für den Polizeieinsatz hängen. Auch das war rekordverdächtig, denn insgesamt, so räumte der Innenminister, ein, seien 19 000 Beamte im Einsatz gewesen. Das war der härteste Polizeieinsatz in der Geschichte der Kastor-Transporte, klagte er. Stimmt! Zunächst bekamen die Autonomen ihr Fett ab. Wie gehabt! Dann die Schotterer. Dann die Leute auf der Schiene, dann die Bauern und die Umweltinitiative, weil sie sich von den anderen nicht distanzierte. Der Minister redete sich in Rage. Er fuchtelte mit den Armen, weil die Bauern die Zufahrtwege und Kreuzungen immer wieder blockiert hatten und die Versorgung der Polizisten ins Stocken geriet. Erbsensuppe, die keine Münder fand. Nicht mal das Süße zum Nachtisch. 19 000 Ritter-Sport an einem Tag! In diesen fünf bewegten Tagen kam da einiges zusammen. Robert stellte sich vor, wie ein Waggon mit zigtausenden Ritter-Sport an der deutsch-französischen Grenze in Forbach an den Kastor-Zug angehängt wurde. Dann noch die Kosten für all die Wohn-Container und die Dixis. Und, und, und ... Der Überstundenausgleich und der Verkehr. Ja, der Verkehr! Es wurden ja sogar Präservative verteilt. **Safety first!**





Grüner wird's nicht!

Bundesregierung Petra Kirberger, Daniel Jahn, Judith Freund und Heye Jensen vom BUND haben den Koalitionsvertrag der neuen rot-grün-gelben Bundesregierung auf umweltschutzrelevante Themen analysiert. Ihr Ergebnis: Viele Absichtserklärungen, deutlich weniger Konkretes und eine große Mutlosigkeit, grundlegende systemische Änderungen anzugehen.

Nach Einschätzung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) liefert der Koalitionsvertrag der sogenannten Ampel-Koalition wichtige Impulse für Klimapolitik und Naturschutz, die gegenüber der Vorgängerregierung einen Fortschritt bedeuten. Aber die Ampel ist nicht auf 1,5-Grad-Pfad und die umweltpolitischen Projekte stehen auf finanzpolitisch wackeligen Füßen. Die ersten Monate werden zeigen, wie ernst die Bundesregierung ihren Koalitionsvertrag nimmt. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist prominent festgeschrieben. Doch wird er wirksam? Viele der dazu geplanten Projekte zeigen vor allem die unterschiedlichen Ambitionsniveaus der neuen Partner:innen. Denn entweder fehlen Zielwerte oder konkrete Ausgabehöhen für zum Beispiel den Umbau der Landwirtschaft, den Schutz von Mooren, die Ausstattung von Artenschutzprogrammen. Es wird eine starke Umweltbewegung brauchen, um aus den Worten konkrete Verbesserungen für den Erhalt der Biologischen Vielfalt, den Schutz von Flüssen, Wäldern, von Nord- und Ostsee oder die Renaturierung von Auen und Mooren werden zu lassen. Verpasst hat das Bündnis, ein konsequentes umweltpolitisches und klimagerechtes Leitbild für die kommende Legislaturperiode zu setzen. Die Ampel bricht nicht mit der Wachstumslogik von „schnel-

ler, höher, weiter“ und vermeidet so die dringend notwendige Debatte um systemische Energieeinsparung in allen Sektoren.

► Klima

Der Koalitionsvertrag ist nicht auf 1,5-Grad-Pfad, denn das Ziel der Klimaneutralität ist dafür zu spät. Der Koalitionsvertrag ist zudem an vielen Stellen widersprüchlich. Positiv immerhin: Das Klimaschutzgesetz soll weiterentwickelt werden, und die Verantwortung jedes einzelnen Sektors ist im Vertrag unterstrichen worden. Der Kohleausstieg 2030 ist ebenfalls verankert, auch der Ausbau der erneuerbaren Energien mit einem erhöhten Ziel von 80 Prozent bis 2030 bei angepasstem Stromverbrauch. Die dezentrale Energiewende in Bürgerhand soll gestärkt werden. Diese Ankündigungen müssen nun mit Maßnahmen abgesichert werden. Zudem muss geklärt werden, wie der Ausbau von Solarenergie und Wind an Land aussehen soll – dringend sind jährliche Ausbaupfade für Solar und Onshore. Denn nach Einschätzung des BUND sind die enormen Mengen an Offshore-Wind nicht naturverträglich umsetzbar. Die dringend nötige Planungsbeschleunigung geht der Koalitionsvertrag an. Der Verband begrüßt zudem die bessere Ausstattung der Verwaltung und die frühzeitige Einbeziehung von Bürger:innen in Planungspro-

zesse, um Konflikten möglichst frühzeitig begegnen zu können. Kritisch zu begleiten sein wird die Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten unionsrechtlich zulässigen materiellen Präklusion, die Mitwirkungspflicht der anerkannten Naturschutzverbände sowie die Ausweitung verwaltungsinterner Fristen und Genehmigungsfiktionen bei Beteiligung weiterer Behörden. Diese Maßnahmen scheinen mit einem naturverträglichen Ausbau im Widerspruch zu stehen.

Die Abweichung der Ampelkoalition zum 1,5-Grad-Pfad allerdings wird nirgendwo so deutlich, wie bei den Energieträgern Gas und Wasserstoff. Eine Politik des Markthochlaufes von Wasserstoff ohne Nachhaltigkeitskriterien und Rahmensetzung setzt falsche Anreize und hemmt den Ausstieg aus den Fossilen. Auch die Kriterien für Wasserstoffimporte sind viel zu schwach, um wirklich eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft aufzubauen. Zudem fehlen systemische Energieeinsparungen in allen Sektoren als unabdingbare Säule der Energiewende.

► Mobilität

Der Bereich Mobilität wird voraussichtlich eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen in der kommenden Legislatur. Im Koalitionsvertrag findet sich viel Antriebswende, zu

wenig Mobilitätswende. Aussagen zur Reduktion der Zahl von Autos fehlen. Auch bei der Abschaffung klimaschädlicher Subventionen für PKW und Flugverkehr, einer Verbesserung der ÖPNV-Finanzierung oder beim Verbrennerausstieg bleibt die Ampel vage und hinter den klimapolitischen Notwendigkeiten zurück. Der angekündigte Dialogprozess zum Fernstraßenbau muss jetzt schnell handlungsfähig werden. Bis dahin müssen laufende Projekte gestoppt werden.

► Agrar-, Waldpolitik und Fischerei

Für Tierhaltung, Ökolandbau und Pestizide sind ambitionierte Ziele ausführlich beschrieben, allerdings ohne dafür zusätzliche Mittel zu hinterlegen. Stattdessen soll über eine privatwirtschaftlich kofinanzierte Initiative Geld für den Umbau der Tierhaltung eingesammelt werden. Verbindliche Tierhaltungskennzeichnung und Prüf- und Rechtsvereinbarungen für Stallbauten sollen in Verbindung mit Investitionsförderungen Verbesserungen in der Tierhaltung bringen. Weitere positive Ziele sind die Anpassung der Tierbestände an die Fläche, 30 Prozent Ökolandbau bis 2030, Förderung der Alternativen zu chemisch-synthetischen Pestiziden und der Verzicht auf Glyphosat. Umweltschützer appellieren darum an den künftigen Agrarminister, auf Verschiebungen im Haushalt hinzuwirken, um die Umsetzung und Begleitung sicherzustellen und durch eine Schwerpunktverschiebung einen nachhaltigeren Ackerbau umzusetzen. Positiv ist auch das Bekenntnis, die Begleitverordnungen zum nationalen Strategieplan der *Gemeinsamen Agrarpolitik* der EU (GAP) unverzüglich anzupassen, um sie ökologischer zu gestalten. Gleiches gilt für die Stärkung von Züchtung ohne Gentechnik und das Bekenntnis zu Transparenz. Ein ähnliches Bekenntnis zur Regulierung fehlt hingegen. Insgesamt bildet der Koalitionsvertrag zu Landwirtschaft und Ernährung zentrale Forderungen der *Zukunftskommission Landwirtschaft* des Bundes ab. Mit der Novellierung des Bundeswaldgesetzes und der Entwicklung eines Honorierungssystems für Ökosystemdienstleistungen geht die neue Bundesregierung wichti-

ge Schritte für den Wald an. Leerstellen sind hingegen das Fehlen klarer Zielmarken bei der Pestizidreduktion, die fehlende Pestizidabgabe und ein ambitionierter Aufschlag im Umgang mit der Nitratproblematik. Zudem bleibt die Regulierung der Fischerei enorm schwach. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Zukunftskommission Fischerei kann nur ein Erfolg werden, wenn die Ampelkoalition vor Beginn eine klare politische Linie vorgibt. Die Fehler vergangener Kommissionen sollte die Ampel im Sinne eines lernenden Staates nicht wiederholen.

► Natur-, Meeres-, Gewässerschutz

Der Naturschutz im Koalitionsvertrag startet mit großen Reparatur-Ambitionen einer Blockadehaltung der letzten 16 Jahre. Langjährige Forderungen von Umweltverbänden, wie die deutliche Stärkung der Naturschutzfinanzierung finden sich wieder. Sie soll einerseits über ein mittels Emissionshandel finanziertes *Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz* erfolgen. Die zudem geplante Einführung eines Bundesnaturschutzfonds ist zusätzlich begrüßenswert. Auch die Unterstützung der Forderung nach einem *Europäischen Grünen Band* ist ein Erfolg! Die Verwirklichung von 30 Prozent international und national gut funktionierender Schutzgebiete, konkrete Aktionsprogramme für bedrohte Arten und Lebensräume und die Ankündigung einer nationalen Moorschutzstrategie stimmen hoffnungsvoll. Im Koalitionsvertrag fehlen jedoch konkrete Finanzierungszusagen und eine kohärente Strategie, den Treibern des Artensterbens zu begegnen. Es ist erfreulich, dass das Ziel der naturverträglichen Ausgestaltung der Energiewende genannt wird, allerdings finden sich hierzu auch Aussagen im Koalitionsvertrag, die als widersprüchlich gelesen werden können (siehe Absatz „Klima“). Ähnlich verhält es sich beim Meeresschutz. Zwar sollte lobend erwähnt werden, dass dieser einen breiten Raum einnimmt. Die Meeresschutzoffensive, bei der unter anderem 10 Prozent der Außerwirtschaftszone streng geschützt werden soll, ist sehr positiv zu bewerten. Vollkommen unverständ-

lich hingegen ist der Ausbaupfad der Windenergie bis 2045 von 70 Gigawatt (GW) Offshore. Umweltschützer halten insgesamt 15 GW für maximal naturverträglich gestaltbar. Auch die technische Machbarkeit auf Grund der Netzanbindung erschließt sich nicht. Eine große Enttäuschung ist darüber hinaus, dass die Entwicklung naturnaher Flusslandschaften trotz ihrer besonderen Rolle für den Arten- und Klimaschutz, insbesondere als Hochwasservorsorge und Wasserrückhalt, ignoriert wurde. Stattdessen wird der Ausbaudruck durch die Stärkung der Güterschifffahrt erhöht. Auch bleibt die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie inklusive der Erreichung des Ziels eines guten ökologischen Zustands der Gewässer bis 2027 unklar.

► Wirtschaft, Industrie, Handel und Finanzen

Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte hat bisher systematisch die Erfolge in der Naturschutz- und Umweltpolitik untergraben. Eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und dem absoluten Verbrauch von Ressourcen, Energie und Flächen ist unrealistisch. Umweltschützer müssen darum in den nächsten Jahren weiter für eine Wirtschafts- und Industriepolitik streiten, die dafür sorgt, dass die planetaren Grenzen gewahrt werden. Das bedeutet vor allem insgesamt absolut weniger Ressourcen-, Energie- und Flächenverbrauch. Hier ist die nächste Bundesregierung in der Pflicht, Strategien zu entwickeln. Doch zu dieser zentralen Herausforderung oder zu Weichenstellungen hin zu einer Postwachstumspolitik trifft der Koalitionsvertrag keinerlei Aussagen. Dabei braucht es angesichts der eskalierenden ökologischen Krisen dringend eine ehrliche Debatte um systemische Einsparungen des Verbrauchs von Ressourcen, Energie und Fläche. Dies umfasst insbesondere die energieintensive Produktion von Grundstoffen aus fossilen Rohstoffen, die energieintensive Produktion von Düngemitteln und Pestiziden sowie die energieintensive Produktion von Stahl und Zement, die perspektivisch gesenkt werden muss. Je frühzeitiger hier Strategien entstehen, desto sozial gerechter kann ein Umbau erfolgen.

Der Koalitionsvertrag hingegen verschließt die Augen vor diesen Notwendigkeiten. Insbesondere problematisch ist, dass nicht einmal die massiven umweltschädlichen Subventionen angemessen reduziert werden. Die Subventionierung von Diesel soll lediglich überprüft werden, das Dienstwagenprivileg soll unzulänglich angepasst werden und der Versuch, die Pendlerpauschale anzugehen, wurde bereits in den Sondierungen abgebremst. Die enormen Subventionen im Flugverkehr und für die Industrie werden gar nicht erst erwähnt, obwohl in der Industrie teilweise Vergünstigungen an Effizienzkriterien geknüpft werden. Es gibt keinen Ausstieg aus dem Energie-Charta-Vertrag und keine Festlegung, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) nicht zu ratifizieren. Und auch das Bekenntnis, die EU-Taxonomie mit fossilem Gas und Atom zu verhindern, fehlt.

► Chemikalienpolitik

Erfreulich ist, dass der Bereich Chemikalienpolitik als solcher Eingang gefunden hat. Fluorchemikalien, Mikroplastik, hormonaktive Substanzen und fehlende Kontrollen werden als Problemfelder erkannt. Allerdings lässt sich aus dem Koalitionstext kein Leitbild für den nachhaltigen Umbau der Chemieindustrie erkennen. Der Koalitionsvertrag adressiert nicht, wie dem immensen Energie- und Ressourcenbedarf durch das starke Wachstum im Chemiesektor entgegengewirkt werden kann. Auch qualitative Ziele wie Chemikalien „safe-by-design“ fehlen. Die Aufnahme des chemischen „Recyclings“ als Option sieht nicht nur der BUND mit Blick auf den Einsatz von Chemikalien und die hohen Energieverbräuche äußerst kritisch.

► Ressourcenschutz

Begrüßenswert sind die vereinbarten Schritte im Bereich Ressourcenschutz. Der Koalitionsvertrag hält an der Senkung des primären Rohstoffverbrauchs fest und will dazu den bestehenden rechtlichen Rahmen anpassen, klare Ziele definieren und abfallrechtliche Vorgaben überprüfen. Auch die benannte nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie



► Vergleichsweise schnell hat die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP einen Vertrag ausgebrütet. In Sachen Umwelt bleibt er allerdings farblos.

gie ist ein wichtiger Schritt. Sie sollte aber nicht nur die rohstoffpolitischen Strategien der Bundesregierung bündeln, sondern muss auch konsistent mit der Produkt-, Abfall- und Rohstoffpolitik sein. Digitale Produktpässe, das Prinzip der Datensparsamkeit sowie ein Recht auf Reparatur sind ebenfalls wichtige Meilensteine – allerdings sollte Letzteres unbedingt herstellerunabhängig sein. Leider nicht berücksichtigt wird, dass Produkte aus schadstofffreien Materialien bestehen müssen, um den Stoffkreislauf so gut wie möglich schließen zu können.

► Wohnen, Bauen und Flächenschutz

Erfreulich ist, dass die Klima-Standards für den Neubau deutlich angehoben werden und die graue Energie und der Ressourceneinsatz stärker in den Fokus rücken sollen. Bei der Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes muss gewährleistet werden, dass gebäudeindividuelle Anforderungen an die Senkung des Wärmebedarfs erhalten bleiben. Wie die Modernisierungsrate substantiell gesteigert werden soll, beantwortet der Koalitionsvertrag nicht. Dafür braucht es einen rechtlich verbindlichen Modernisierungsfahrplan. Positiv ist zu bewerten, dass Klima- und Sozialpolitik stärker zusammen gedacht werden. Erste gute Ansatzpunkte dafür sind die Klimakomponente im Wohngeld, die Einführung einer Teilwarmmiete sowie die neue Wohngemeinnützigkeit. Bei der dringend notwendigen Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fehlt hingegen die zentrale Perspektive, diesen im Bestand und mit einem minimalen Einsatz an Ressourcen und Fläche zu gewährleisten, etwa durch Umbau, Aufstockung, Umfunktionierung. Positiv ist dagegen, dass das vereinfachte Bauen im Außenbereich ein Ende haben soll. Das Flächensparziel muss jedoch auf Netto-Null gebracht werden. Es wird zudem auf die Wirksamkeit der konkreten Maßnahmen ankommen, die die Ampel-Koalition vorlegen möchte. Bei der Umsetzung ist entscheidend, dass aus den positiven Ansätzen eine systematische Strategie in der Bau-, Wohn- und Flächenpolitik wird, die sich an ökologischen wie sozialen Zielen gleichermaßen ausrichtet.

Anti-Atom-Initiativen stehen fassungslos vor dem Koalitionsvertrag. Unter dem Stichwort „Atom“ bekräftigt die Koalition zwar ihr Nein zur Nutzung der Atomenergie, aber im Ergebnis werden in Deutschland auch über 2022 hinaus Atomanlagen aktiv betrieben, die Risikoreaktoren mit Uranbrennstoff versorgen und neuen Atommüll produzieren. Damit umgeht die Ampel-Koalition den vereinbarten Atomausstieg. **Wolfgang Ehmke, BI Lüchow-Dannenberg**

Der Koalitionsvertrag birgt viele Chancen für eine wirklich geschlossene Circular Economy nach Cradle to Cradle. Doch bei seiner Ausgestaltung dürfen sich die drei Parteien nicht auf das alte Muster der Schadensreduktion einlassen. Sie müssen ganzheitliche und wirklich zukunftsfähige Detaillösungen erarbeiten, die ökonomische, ökologische und soziale Mehrwerte zur Folge haben. **Isabel Gomez, Cradle to Cradle NGO**

Die rot-gelb-grüne Ampelkoalition betont in ihrem Vertrag, dass „genehmigte Endlager“ zügig fertiggestellt und in Betrieb genommen werden „müssen“. Das zeigt überdeutlich, dass die Unterhändler:innen der Parteien ahnungslos zu sein scheinen. Als mögliches Endlager ist ein einziges Projekt planfestgestellt, nämlich der Schacht KONRAD bei Salzgitter. Woher der Plural rührt, ist mirakulös. **Ludwig Wasmus, AG Schacht KONRAD**

Der nun vorgelegte Koalitionsvertrag bietet keine ausreichende Grundlage, die Klimakrise entschlossen zu bekämpfen und ein Überschreiten der 1,5-Grad-Grenze abzuwenden: SPD, Grüne und FDP bewerben Klimaschutz als neues Geschäftsmodell. Sie legen gemeinsam den Fokus auf technologische Scheinlösungen. Vorrang hat für sie, den Wirtschaftsstandort zu stärken. Der sozial-ökologische Wandel kommt dabei zu kurz. Unterstützung verdienen hingegen Vorhaben der Ampel-Koalition, die Kreislaufwirtschaft zu fördern, den Ressourcenverbrauch zu verringern und bezogen auf Holz die Kaskadennutzung im Grundsatz zu verankern. Gute Ansätze gibt es auch im Bereich des Naturschutzes, etwa den Einschlag in alten, naturnahen Buchenwäldern in öffentlicher Hand zu stoppen und eine bodenschonende Waldbearbeitung zu fördern. **Dominique Just, ROBIN WOOD**

Der rot-grün-gelbe Koalitionsvertrag liefert so gut wie keine Antworten auf die wichtigen atompolitischen Fragen der kommenden Jahre – und wenn, dann enttäuschende bis skandalöse. **Jochen Stay, „ausgestrahlt“**

Auf den ersten Blick macht der Koalitionsvertrag Mut. Es ist gut zu sehen, dass im Programm der drei Parteien immer wieder Menschenrechte als wichtiger Referenzpunkt auch im Konkreten genannt werden. Das zeigt sich bei der Digitalisierung, sei es bei einem menschenrechtsorientiertem Einsatz von Künstlicher Intelligenz, oder bei der Forderung nach internationaler Regulierung im Digitalen durch ein „Völkerrecht des Netzes“. Ein wichtiges Signal ist auch die institutionelle Stärkung der Menschenrechte in der Regierungsarchitektur durch die Aufwertung und Stärkung des Amtes der/des Menschenrechtsbeauftragten. Im Bereich der Inneren Sicherheit begrüßt Amnesty, dass die Ampelkoalition plant, den Schutz aller Menschen in Deutschland vor rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt spürbar zu erhöhen. Mit der Schaffung einer/eines unabhängigen Polizeibeauftragten und der Einführung einer Kennzeichnungspflicht folgt die künftige Bundesregierung zwei Kernforderungen von Amnesty für eine rechtsstaatlich solider aufgestellte Polizei. **Markus N. Beeko, Amnesty International**

Heiter bis wolkig

Initiativen und Verbände im Bereich Umweltschutz, Klima und Nachhaltigkeit sowie die Friedensbewegung bewerten den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung unterschiedlich. Sorglos ist dabei niemand.

Wir nehmen den Koalitionsvertrag enttäuscht zur Kenntnis. Die neue Regierung folgt weiterhin einer überholten militärischen Sicherheitslogik. Es gibt zwar ein paar wenige Lichtblicke wie die angekündigte Schaffung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes oder die Zusage, der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages als Beobachter beiwohnen zu wollen. Doch die Koalition will weiter an der nuklearen Teilhabe festhalten. Ein Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wird damit unmöglich gemacht. An diesem entscheidenden Punkt und beim nicht erwähnten Thema „Ersteinsatz von Atomwaffen“ bleiben SPD und Bündnis 90/Die Grünen weit hinter den Aussagen ihrer eigenen Politiker:innen zurück. Dem Vorhaben der NATO, konventionelle Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, erteilt die neue Regierung ebenfalls keine Absage. Trotz nachdrücklicher Warnungen und starker Bedenken aus

der Zivilgesellschaft wird eine Bewaffnung der Drohnen der Bundeswehr ermöglicht. Und zivile Konfliktprävention im engeren Sinn findet sich nur in fünf Zeilen des Koalitionsvertrags, Verteidigung und Bundeswehr dagegen werden 73 Zeilen gewidmet. Leider spiegelt diese ungleichgewichtige Schwerpunktsetzung auch inhaltlich die gesetzten Prioritäten wider. **Jürgen Grässlin, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) blickt mit gemischten Gefühlen auf den Koalitionsvertrag der künftigen Ampel-Regierung. In dem 177 Seiten langen Vertrag werden ganz viele Türen einen Spalt breit geöffnet. Unklar ist jedoch, was sich dahinter verbirgt. Einerseits liefert der Text wichtige Impulse für Klimapolitik und Naturschutz. Diesen Fortschritt gegenüber der Vorgängerregierung begrüßen wir ausdrücklich. Ein umweltpolitisches, klimagerechtes Leitbild bleibt der Koalitionsvertrag aber schuldig. Die Ampel tritt mit dem Anspruch an, Klimakrise und Artensterben zu stoppen. Die teils wachsweißen Formulierungen im Koalitionsvertrag müssen nun unverzüglich mit konkreten Maßnahmen gefüllt werden. **Olaf Bandt, BUND**

der Zivilgesellschaft wird eine Bewaffnung der Drohnen der Bundeswehr ermöglicht. Und zivile Konfliktprävention im engeren Sinn findet sich nur in fünf Zeilen des Koalitionsvertrags, Verteidigung und Bundeswehr dagegen werden 73 Zeilen gewidmet. Leider spiegelt diese ungleichgewichtige Schwerpunktsetzung auch inhaltlich die gesetzten Prioritäten wider. **Jürgen Grässlin, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen**

Nach jahrelangem Stillstand wird mit der Ampel-Koalition Klimaschutz endlich zur zentralen Priorität. Besonders beim Ausbau der Erneuerbaren Energien macht sie endlich Tempo – das ist ein großer Schritt für den Klimaschutz. Insgesamt aber verfehlt die Ampel ihren eigenen Anspruch, unser Land auf einen 1,5-Grad-Pfad zu führen. An zentrale Schrauben traut sie sich nicht heran: eine Erhöhung des CO₂-Preises, eine echte Verkehrswende weg vom Auto, ein konsequenter Abbau klimaschädlicher Subventionen. Eine Fortschritts-Koalition sieht anders aus. Die Klimabewegung wird die Ampel daher weiter antreiben müssen, damit sie wirklich zur Klimaregierung wird. **Christoph Bautz, CAMPACT**



Statuskonferenz: Do It Yourself

Die Anti-Atom-Szene hat den Stand der Endlagersuche beleuchtet

Atommüll Nachdem das Bundesamt für die Sicherheit der Endlagerung (BASE) die eigene Statuskonferenz kurzfristig abgesagt hatte, war die online durchgeführte „Alternative Statuskonferenz“ der Anti-Atom-Bewegung die einzige Zusammenkunft, auf der die Ergebnisse der *Fachkonferenz Teilgebiete* der offiziellen Endlagersuche zeitnah nach Abschluss diskutiert wurden. Dabei zogen Umweltorganisationen, Wissenschaftler:innen, Initiativen und Expert:innen eine erste kritische Bilanz. Sie blickten aus unterschiedlichen Perspektiven auf zahlreiche Fragen rund um das Thema Atommülllagerung.

Das Atommüllbundesamt BASE (Glossar: S. 24) hatte für das zweite Novemberwochenende eigentlich eine „Statuskonferenz“ angekündigt. Dort sollte der Stand der Endlagersuche nach Abschluss der *Fachkonferenz Teilgebiete*, also dem ersten formellen Beteiligungsformat bei der Endlagersuche, Thema sein. Die Fachkonferenz hatte gefordert, auch noch nach Abschluss der drei offiziellen Konferenz-Teile zumindest zu den gleichen Konditionen weiterarbeiten zu können, um der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) beim Fortgang ihrer Arbeit in den nächsten Monaten auf die Finger schauen zu können. Man wollte Mitsprache in diesem Schritt, um sehen zu können, mit welchen Tools, mit welcher wissenschaftlichen Begründung die

BGE die teils riesigen Teilgebiete in Deutschland, die sie als „potenziell“ für die Endlagerung ausgewiesen hatte, verkleinert, filetiert, um dann in drei, vier Jahren „Standortregionen“ zu benennen. Diese Mitgestaltung sollte selbstorganisiert sein. Das BASE ignorierte zunächst diese Forderung, präsentierte dann kurz vor Schluss der Beratungsrunden ein anderes Konzept, wollte unbedingt die Beratungen mitsteuern, und das letzte Wort darüber ist auch noch nicht gesprochen. Allerdings war die Absage der „Statuskonferenz“ die Folge, gerade so, als gäbe es außer der Frage der Partizipation nichts anderes zu bereden. So war die zweite „Alternative Statuskonferenz“ (ASK) vom 30. und 31. Oktober, die von den An-

ti-Atom-Initiativen „ausgestrahlt“, der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gemeinsam mit dem BUND und der AG Schacht KONRAD ausgerichtet wurde, der Kontrapunkt zu der quälenden Debatte, wie viel Selbstorganisation vom BASE „gestattet“ wird. Erkenntnis: Selbstorganisation geht. Da wurde an zwei Tagen hervorragend moderiert, da gab es viel Zeit für den Austausch und die Vernetzung, niemandem wurde das Mikrofon abgedreht. Viel Beifall gab es von den über einhundert Mitwirkenden.

► Andere Themen

Auffälligster Kontrast zur *Fachkonferenz Teilgebiete*, die den BGE-Zwischenbericht mit den 90 Teilgebieten unter die Lupe nahm,

war das andere Themenspektrum: In den Inputs und Workshops ging es nicht allein um die Frage, wohin mit dem hochradioaktiven Müll.

Die Fragen, die im offiziellen Suchverfahren randläufig sind oder gar nicht näher besprochen werden, nahmen hier einen gleichberechtigten Raum ein: Das Dilemma, dass der Fokus „nur“ auf den heißen Müll gerichtet ist, wurde offensichtlich: Für die Lagerung der schwach- und mittelaktiven Abfälle gibt es kein vergleichendes Suchverfahren.

Ursula Schönberger und Silke Westphal von der AG Schacht KONRAD deckten diese Schwäche des aktuellen Suchverfahrens auf.

Wolfgang Ehmke von der BI Lüchow-Dannenberg sekundierte, seine Anträge im Rahmen der *Fachkonferenz Teilgebiete*, diesen Sachfragen die gebührende Aufmerksamkeit einzuräumen, seien weitgehend wegmoderiert worden. Dass es vor dem „Neustart“ der Endlagersuche keine umfassende Atommülldebatte gab, dass es diesen Tunnelblick, der sich allein auf die hochradioaktiven Abfälle richtet, gibt, wird absehbar ein großes Problem: Erstens fallen mit der Bergung der Abfälle aus der havarierten Asse II und aus der Urananreicherung mindestens noch einmal 300 000 Kubikmeter schwach- und mittelaktiver Abfälle an, die nicht im Schacht KONRAD eingelagert werden dürfen. Hinzu kommt, dass dieser Schacht mutmaßlich ebenfalls atommüllfrei bleibt, weil der wissenschaftlich gut begründete Antrag auf Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses, der beim niedersächsischen Umweltministerium eingereicht wurde, durchaus Erfolg haben kann.

► Endlagerstandort oder nationales Entsorgungszentrum

Der Wissenschaftsjournalist Jürgen Voges trat bei der ASK Ende Oktober für eine gerechte regionale Teilung der Entsorgungslasten ein, die nach dem Ende der Atomstromproduktion zurückbleiben. Er sprach sich dagegen aus, die noch notwendigen oberirdischen Anlagen sämtlich am gesuchten Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Müll zu errichten, wie es das *Nationale Entsorgungsprogramm* der Bundes-

regierung (Napro) bislang vorsehe. Die beste Geologie zum Einschluss hochradioaktiven Mülls, nach der ja gesucht werde, rechtfertige nur die Errichtung eines Endlagers für diesen Müll, nicht den zusätzlichen Bau eines Endlagers für andere atomare Abfälle, den Bau eines riesigen Eingangslagers für alle Castoren und zudem entsprechende Behandlungsanlagen. All dies sehe das Entsorgungsprogramm aber bislang vor. Ein solches Entsorgungszentrum werde zu massivem Widerstand gegen die Standortentscheidung führen, prophezeite Voges.

Als Alternative sei es möglich, den hochradioaktiven Müll bereits endlagerfähig konditioniert zum Endlager zu bringen und dort auf oberirdische Anlagen weitgehend zu verzichten.

Diese Alternative biete sich vor allem dann an, wenn man einen Teil der Castoren vor ihrem Abtransport aus den Zwischenlagern ohnehin öffnen müsse, da die auf vierzig Jahre befristete Lagerzeit überschritten werde. Dann könne man das Öffnen mit dem Konditionieren verbinden.

Welche oberirdischen Anlagen am gesuchten Endlagerstandort geplant seien, müsse in jedem Fall vor der ersten Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien geklärt werden, also binnen zwei Jahren.

► Zwischenlager als tickende Zeitbombe

Oda Becker skizzierte die Probleme eine Zwischenlagerung, die nicht 40 Jahre, sondern eher bis zu 100 Jahren dauern wird – mit all den Problemen, die dann entstehen können: Undichtigkeit des Deckelsystems, fehlende heiße Zellen für etwaige Reparaturen, Unklarheit, was im Inneren der Behälter, die schließlich vor der Endlagerung geöffnet werden müssten, abläuft. Die Verzahnung der Themen Endlagersuche und Zwischenlagerung findet im offiziellen Suchverfahren nicht statt. Völlig offen ist, ob künftig statt der 16 Zwischenlager regionale Zentren mit robusteren Wandstärken errichtet werden sollten. Oda Becker favorisierte dabei die Verbunkerung. Zwischenlager als Zeitbombe? Die Thematik wird, weil ungeklärt, noch an Fahrt aufnehmen.

► Der BGE auf die Finger schauen

Michael Mehnert (endlagerdialog.de) setzte sich mit den aktuellen Aufgaben der BGE auseinander. Bereits auf der *Fachkonferenz Teilgebiete* wurde deutlich, dass die BGE einfach einen Schritt übersprungen hatte, als sie im September 2020 den Zwischenbericht mit den 90 Teilgebieten vorlegte: Die elf Abwägungskriterien wurden – mit einer Ausnahme – nicht angewandt. Der Bericht ist unfertig, beruht in erster Linie auf Bücherwissen und Referenzdaten. Die BGE wird nun alle vorhandenen geologischen Daten einpflegen müssen und das, weil der Bericht zu schnell vorgelegt wurde, für die 90 – statt der erwarteten 30 – Teilgebiete. Das ist dumm gelaufen. Der anstehende Arbeitsschritt nennt sich „repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen“ – sein Tipp: die BGE müsse sich an dem Regelwerk messen lassen, das von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, der BGR, und der BGEtec im Auftrag der BGE für die Anwendung der Abwägungskriterien erarbeitet wurde. Die Versuchung, stattdessen pragmatisch vorzugehen und planungswissenschaftliche Kriterien – die nichts mit Geologie zu tun haben – anzuwenden, um zu den „Standortregionen“ zu gelangen, sei groß. Dass die BGE zu Eigenerfindungen neige, zeige sich bereits, wenn neue Begriffe kreiert werden: Neben den Teilgebieten gibt es jetzt „vielversprechende Untersuchungsräume“ und „Sub-Untersuchungsräume“ – im Standortauswahlgesetz und in den einschlägigen Verordnungen ist davon nicht die Rede.

► Mitbestimmen oder Zuschauen

Für das Trio – Dörte Themann, Lucas Schwarz und Yasmine Kühl –, das den Partizipationsworkshop bestritt, hatte Themann in ihrem Input „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ noch einmal den Ablauf der *Fachkonferenz Teilgebiete* Revue passieren lassen. Die Fehler der Vergangenheit, ein „Power Over“, also die Durchsetzung der staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen, sollten überwunden werden. Das Prinzip hieß „DAD“ – decide, announce und defend. Gegenexpertise bei der Endlagersuche sei nun als „produktiv“ anzusehen, es mache das

Behörden | Gesetze | Verordnungen

BASE – Im **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung** werden alle behördlichen Aufgaben gebündelt, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu tun haben.

BGE – Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** ist designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist das ►BASE.

BGR – Die **Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe** ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums und fungiert als zentrale geowissenschaftliche Beratungseinrichtung. Die BGR ist auch als Forschungsinstitut tätig und bearbeitet u.a. die Geologie der kontinentalen, marinen und Energierohstoffe sowie der Bodenkunde.

DBE – Die **Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH** war ein auf Planung, Erkundung, Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle spezialisiertes Unternehmen. Es ging 2017 zusammen mit der Asse-GmbH und Teilen des Bundesamts für Strahlensicherheit in der ►BGE auf.

DBE Tec – Die Ingenieurgesellschaft **DBE Technology** war ein Tochterunternehmen der ►DBE. Schwerpunkte lagen in den Bereichen Endlagerung radioaktiver Stoffe, Entwicklung von Entsorgungsstrategien und Planung von Entsorgungsmaßnahmen, Bergbau, Kavernenbau, Tunnelbau und Tiefbau. 2018 wurde die DBE Tec zur ►BGE Tec.

GRS – Die **Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit** gGmbH ist eine technisch-wissenschaftliche Forschungs- und Sachverständigenorganisation mit mehr als 350 Wissenschaftlern. Sie bewertet die Sicherheit technischer Anlagen.

Napro – Das **Nationale Entsorgungsprogramm** beschreibt die Strategie der Bundesregierung, wie radioaktive Abfälle in Deutschland verantwortungsvoll und sicher entsorgt werden sollen. Das Programm hat keine Rechtsnormqualität. Es ist aber bei allen Entsorgungsplanungen und Verwaltungsverfahren von den Akteuren im Bereich der nuklearen Entsorgung zu berücksichtigen.

NBG – Das **Nationale Begleitgremium** ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.

Standortauswahlgesetz (StandAG) – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle. Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.



Salz ist nicht mehr das einzige Medium, in dem nach einem Atommülllager gesucht wird

Suchverfahren „robuster“, die Öffentlichkeitsbeteiligung sollte mit dem neuen Standortauswahlgesetz (StandAG) dem Anspruch deliberativer Prozesse genügen, die „Macht“ im Endlagersuchverfahren sollte im Sinne des „weichen Endlagerstaats“ verteilt werden. Der Mitgestaltung und Selbstorganisation der Zivilgesellschaft werde im Gesetz Raum gegeben – und naturgemäß ginge das nicht konfliktfrei vonstatten, sondern Deutungskonflikte zwischen den Verfahrensbeteiligten seien die Folge.

Der Auftakt der Fachkonferenz sei klar durch das BASE dominiert gewesen: Themann verwies auf eine dominante Moderation, fehlende Dialogmöglichkeiten und Ressourcen, unklare Wahlen und ein „Notariat“ des BASE, das darauf achten sollte, dass man „beim Thema“ bleibt. Die Gegenwehr, ein „Power To“, war die Folge: Austritte aus dem Vorbereitungskreis oder der Rückzug von der Konferenzteilnahme und -gestaltung, was nicht gleichbedeutend war mit Gleichgültigkeit, auch „von außen“ könne man Einfluss auf den Suchprozess nehmen. Die Beratungen in den Arbeitsgruppen, die zwischen den Beratungskonferenzen tagten, sind für Dörte Themann ein Beleg für „Power With“, ein Empowerment der Zivilgesellschaft, die Anträge, die auf der Konferenz große Mehrheiten fanden – vor allem der zur Einrichtung eines Fachforums in Fortsetzung der Fachkonferenz, um die erkannte Partizipationslücke zu schließen –, sind dafür ein Beleg.

► Hart oder weich

Wolfgang Ehmke fasste die zwei Tage in seinem Schlusswort kurz zusammen: Die These, der „harte Atomstaat“ sei durch einen „weichen Endlagerstaat“ (Achim Brunnengräber) abgelöst worden, sei so nicht stimmig: Allein

die BGE trete in ihren verschiedenen Geschäftsfeldern äußerst unterschiedlich auf: „knallhart“ bei der Verteidigung des Projekts Schacht KONRAD, eher „weich“ im Feld Endlagersuche, sofern es um die Lagerung hochradioaktiver Abfälle geht. Bei dem Versuch, „nicht-regulierbare Sachen zu regulieren“ (Ulrich Smeddinck), müsse bei den „Haltepunkten“ im Fortgang der Endlagersuche genau hingeschaut werden, wie die BGE mit den gesetzlich geforderten Vorgaben umgeht.

Das BASE hingegen gibt sich als Dienstleister „weich“, handelt aber ebenfalls „knallhart“, weil es – statt die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft zuzulassen – in einer Planungs- und Steuerungsgruppe mit Stimmrecht vertreten sein will. Das kommt einer langen Leine gleich und ist, gepaart mit dem „Konsensprinzip“, eine Form von Kontrolle. Das verordnete Konsensprinzip in dieser Gruppe verkennt, wie wichtig es ist, die eigenständige Rolle der Zivilgesellschaft bei der Endlagersuche im Sinne von „Checks and Balances“ anzuerkennen. Beratungsergebnisse, die keine rechtliche Relevanz haben, kämen als Manko noch obendrauf. Das BASE verkennt offensichtlich den „Geist des Gesetzes“, denn bis zur Übermittlung der Arbeitsergebnisse in dieser Phase der Endlagersuche ist seine Rolle die eines Dienstleisters für die Mitgestaltung des Suchverfahrens durch die interessierte Öffentlichkeit – für Bürger:innen, Initiativen, Wissenschaftler:innen, Kommunen und, neu, die junge Generation.

Partizipation heiße Mitbestimmung und nicht Zuschauen. Ein solidarisches Suchverfahren brauche Selbstorganisation und nicht die lange Leine des BASE.



Aus! Schluss! Vorbei!

Das Bergwerk Gorleben wird zurückgebaut!

Gorleben Mit dem *Zwischenbericht Teilgebiete* vom September vergangenen Jahres der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) war der Salzstock Gorleben aus geologischen Gründen aus der Endlagersuche ausgeschieden. Seither haben BGE und Bundesumweltministerium (BMU) geprüft, wie weiter mit dem Bergwerk verfahren werden kann. Nun soll es endgültig stillgelegt und die Salzhalde dabei wieder unter Tage verbracht werden.

Das Erkundungsbergwerk in Gorleben wird endgültig stillgelegt, das unterstrich Jochen Flasbarth, Umweltstaatssekretär, knapp ein Jahr nach dem Herausfallen des Salzstocks aus dem Suchverfahren auf einer Pressekonferenz in Gorleben. Es soll auch keine Nachnutzung des Bergwerks geben, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wurde angewiesen, die rechtlichen Voraussetzungen für den Rückbau „zur grünen Wiese“ zu schaffen. „Im Standortauswahlverfahren soll der Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit gefunden werden. Klar ist bereits, dass der Salzstock Gorleben das nicht ist“, so Flasbarth. „Seit dem Zwischenbericht der BGE ist wissenschaftlich erwiesen, dass es viele geologisch besser geeignete Standorte gibt. Das Kapitel Endlager Gorleben wird ab dem heutigen Tag geschlossen. Ich hoffe, dass im Wendland nun die Wunden heilen können, die der jahrzehntelange Streit um Gorleben gerissen hat. Der Ort stand über drei Jahrzehnte für einen gesellschaftlichen Großkonflikt in Deutschland. [Daraus] hat die Politik für die Endlagersuche gelernt: Am Ende muss gut nachvollziehbar sein, aus welchen Gründen ein Standort gewählt wurde.“

Wolfgang Ehmke, Sprecher der

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), zeigte sich erleichtert: „Damit wird auch eine Hintertür verschlossen, um Gorleben für den Fall, dass die Endlagersuche in schweres Fahrwasser gerät, doch noch nutzen zu können“. Zwar wurde Gorleben vor gut einem Jahr von der BGE bei der Endlagersuche wissenschaftsbasiert aussortiert, die BI hatte aber kritisiert, dass das Bergwerk nach wie vor offengehalten wurde, und deshalb angemahnt, die bergrechtlichen Voraussetzungen für einen Rückbau zu schaffen. Dazu gehörte auch die Finanzierung des Rückbaus. Flasbarth kündigte an, dass diese Finanzierung über den „Atomfonds“ gewährleistet würde.

Auch der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD) gab sich nach der Pressekonferenz erleichtert: „Ab heute gibt es keine Hintertür mehr. Das ist die Botschaft und das enorm wichtige Zeichen für eine ganze Region. Denn die letzten Jahrzehnte waren vor allem geprägt vom Widerstand gegen ein atomares Endlager in Gorleben. Dieser war verbunden mit größten Belastungen für die Bevölkerung und mit einem nun positiven Ende eines Kampfes, der hier richtigerweise geführt wurde, gegen eine falsche politische Entscheidung. ‚Gorleben‘ ist [nun] end-

gültig Vergangenheit. Ab heute geht es darum, diese Zeit endgültig hinter uns zu lassen und gemeinsam Konzepte zu entwickeln und umzusetzen für die Zukunft des Wendlands. Denn diese Region hat enormes Potential nicht nur durch ihre natürlichen Landschaften und den Tourismus, sondern auch für die Klima- und Energiewende.“

Damit, so BI-Sprecher Ehmke, gehe ein über 40 Jahre währender Kampf um den Endlagerstandort zu ende. „Olaf Lies ist nun gefordert, auch die Atomruine nebenan, die Pilot-Konditionierungsanlage, aus dem Atomrecht zu entlassen und zurückzubauen“. Mit vier Tongebieten bleibe das Wendland ohnehin im Endlager-suchverfahren, nun rückten aber vor allem die Probleme der verlängerten Zwischenlagerung in den Fokus der BI-Arbeit.

Auf eine Bringschuld angesprochen äußerten Umweltsekretär Flasbarth und Minister Lies übereinstimmend, dass Bund und Land „liefern“ müssten. „Die BI setzt dabei auf das Thema Bildung“, so Wolfgang Ehmke, „und hat den Politikern eine Skizze überreicht: Eine Hochschule im Wendland könnte ein Beitrag zur Wiedergutmachung sein.“

Quellen

PM Bundesumweltministerium
PM BI Lüchow-Dannenberg



Viel Schatten, wenig Licht

Die Partizipation bei der Endlagersuche bleibt mangelhaft

Öffentlichkeitsbeteiligung Den Teilnehmer:innen der mittlerweile abgeschlossenen *Fachkonferenz Teilgebiete* gelang es nicht, dem zuständigen Bundesamt für den Zwischenschritt bis zur Ausweisung der Standortregionen in ein paar Jahren eine Beteiligung auf Augenhöhe abzurufen. Das stattdessen installierte Fachforum erfüllt die Anforderungen an Bürger:innenbeteiligung jedenfalls nicht. Aber auch am gesamten Verfahren gibt es nach wie vor fundamentale Kritik. Von Andreas Conradt und Wolfgang Ehmke

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE, Glossar: S. 24) sprüht nur so vor Selbstlob und Begeisterung für das Standortauswahlverfahren. In einer Pressemitteilung von Anfang September heißt es: „Bei der Endlagersuche ist ein weiterer Schritt der Öffentlichkeitsbeteiligung vollzogen: Am 7. September sind – wie im Standortauswahlgesetz vorgesehen – die Beratungsergebnisse des Beteiligungsformats *Fachkonferenz Teilgebiete* an die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) übergeben worden. Zuvor hatte die Öffentlichkeit seit Oktober 2020 die Möglichkeit, sich mit dem *Zwischenbericht Teilgebiete* auseinanderzusetzen. Dafür hatte das BASE einen Auftakttermin sowie drei Beratungstermine (...) organisiert.“ Zitiert wird in der Pressemitteilung insbesondere der Präsident des Bundesamts, Wolfram König: „Die Öffentlichkeitsbeteiligung in Zeiten der Corona-Pandemie zu ermöglichen, war herausfordernd, erwies sich aber als richtige Entscheidung, die das Endlager-Such-

verfahren vorangebracht hat. Das BASE hat damit Maßstäbe für die Beteiligung an großen Infrastrukturprojekten gesetzt.“
Schöne Worte! Doch große Teile der Öffentlichkeit sehen das Verfahren insgesamt und insbesondere das Ergebnis der *Fachkonferenz Teilgebiete*, also des ersten formalen Beteiligungsformats bei der Endlagersuche, weitaus kritischer.

► Luftleerer Raum

Denn mit Abschluss der *Fachkonferenz Teilgebiete* drohte dem Verfahren ein Vakuum, weil eine Öffentlichkeitsbeteiligung für die Zeit bis zur Ausweisung der Standortregionen in einigen Jahren zwar im Standortauswahlgesetz (StandAG) prinzipiell berücksichtigt, bis zum Ende der Fachkonferenz aber nicht konkretisiert worden. Darum hatten die Teilnehmenden der Fachkonferenz mit großer Mehrheit einen Beschluss gefasst, das BASE möge diese „Partizipationslücke“ schließen. Nach dem Muster der Fachkonferenz sollte

ein Folgeformat eingerichtet werden. Die letzte Sitzung Anfang September endete noch, ohne darüber Klarheit zu schaffen. Mittlerweile hat sich das BASE für die Zeit zwischen der beendeten Fachkonferenz und der Ausweisung ein sogenanntes *Fachforum* abringen lassen. Doch auch damit kann sich die Anti-Atom-Bewegung nicht anfreunden. „Die spannende Frage ist ja, wie die BGE es bewerkstelligen wird, von über 50 Prozent der Landesfläche im nächsten Verfahrensschritt den Suchfokus auf nur noch wenige Standortregionen zu richten“, schreibt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danzenberg (BI). Sie hatte sich an der Fachkonferenz konstruktiv und kritisch beteiligt, obwohl der bisherige Standort Gorleben wissenschaftsbasiert im ersten Schritt herausgefallen war. Mit vier Tongebieten ist das Wendland aber weiter im Verfahren.
Das BASE hatte dem Antrag des BUND und der BI auf eine Fortführung der selbstorganisierten Fachkonferenz mit den gleichen Betei-

ligungsrechten wie im vergangenen Jahr nicht zugestimmt. „Das ist ein Affront für alle, die konstruktiv und kritisch an Lösungsvorschlägen gearbeitet haben. Das Bundesamt muss den Wert wirksamer und selbstorganisierter Beteiligung auf Augenhöhe erkennen. Das bisherige Vorgehen ist für die Akzeptanz der Suche schädlich“, so der Vorsitzende des BUND, Olaf Bandt.

► Formelle Beteiligung vonnöten

Dabei ist doch klar, dass die „formelle“, also die im StandAG geregelte Art der Beteiligung, in genau diesem wichtigen anstehenden Verfahrensschritt vonnöten ist. Wie wird die BGE mit der Kritik der Fachkonferenz umgehen? Mit welchen Tools wird sie von den 90 Teilgebieten auf vielleicht zwei Dutzend Standortregionen kommen? Welche Rolle werden Fragen spielen, die bisher noch gar nicht dran waren: die Folgen der Klimakatastrophe, abschmelzender Eisberge und steigender Wasserpegel auf der einen Seite, die Folgen weiterer Kaltzeiten, die nichts mit den Klimaveränderungen, sondern astronomischen Gegebenheiten zu tun haben, auf der anderen.

Statt dem Antrag von BUND und BI rechtzeitig zuzustimmen, zögerte das BASE eine Stellungnahme zunächst hinaus und legte dann ein Beteiligungsmodell vor, bei dem sich das Amt eine Rolle zuschrieb, die ihr in dieser Phase des Endlagersuchverfahrens gar nicht zusteht: Statt Dienstleisterin, die die Beteiligung gewährleisten und verbessern soll, möchte das BASE mit Sitz und Stimme den Fortgang der Arbeit in einer Lenkungsgruppe durch ein „Konsensprinzip“ steuern. Der Partizipationsbeauftragte des Nationalen Begleitgremiums (NBG), Hans Hagedorn, bemühte sich noch, das BASE-Konzept vom Eis zu holen, aber das ist nicht wirklich gelungen.

Gleichwohl wurde im November eine Beratungs- und Vorbereitungsgruppe gewählt, die das erste *Fachforum* im Jahr 2022 einberufen und die BGE zu Tisch bitten wird, zu bestimmten „Haltepunkten“ zu berichten. In dieser Vorbereitungsgruppe ist Platz für die vier bekannten Gruppen: die Bürgerschaft, Umweltinitiativen, Vertreter:innen aus Kommunen und die Wissenschaft. Ob die Arbeit dieses Gremiums und des *Fachforums* tatsächlich selbstorga-

nisiert sein darf – zum Beispiel ohne Bevormundung durch ein vom BASE bestelltes Moderator:innen-Team – wird sich erweisen müssen. Erfreulich ist, dass die „junge Generation“ nun mit Platz und Stimme mitmischet: Voneinander lernen, um den Blick für die Rolle der Zivilgesellschaft im Endlagersuchprozess zu schärfen, ist ein wichtiges Unterfangen.

Die Beteiligung lässt sich von der Selbstorganisation der Zivilgesellschaft bei der Endlagersuche nicht trennen. Aber sie ist kein Selbstzweck. Wenn Standortregionen und später mögliche Standorte benannt werden, wird das spätestens deutlich: Gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft lässt sich keine Atommülldeponie errichten. Die Zivilgesellschaft ist deshalb in jeder Hinsicht als gewichtiger Player beim Suchverfahren involviert. Sei es „von innen“ oder „von draußen“.

► Mediationsverbände raus

Ganz grundlegende Kritik kommt indes aus zunächst unerwarteter Richtung: Die Mediator:innen aus dem *Förderverein Mediation im öffentlichen Bereich* (FMÖB) und dem *Bundesverband Mediation* (BM) haben ihre Begleitung an der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Standortsuche beendet: „Aufgrund eklatanter Verfahrensmängel halten wir eine kritische Bewertung des aktuellen Verfahrens von außen für zielführender.“ Die Konfliktsachverständigen praktizieren in verschiedenen Kontexten Beteiligungsverfahren und Konfliktlösungen „auf Augenhöhe“. Sie haben seit 2013 auch intensiv die Entstehung des neuen Standort-Suchverfahrens und nun den Beginn der Standortsuche für ein Lager für hochradioaktiven Müll begleitet. Versprochen und im Standortauswahlgesetz gesetzlich verankert sei ein partizipatives, wissenschaftsbasiertes, transparentes, selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren, um zu einer Entscheidung mit einem möglichst breit getragenen gesellschaftlichen Konsens zu gelangen. „Diese Voraussetzungen erfüllt das praktizierte Verfahren nicht.“

Die seit Beginn der formalen Öffentlichkeitsbeteiligung mit den Teilgebietskonferenzen im Herbst 2020 gewählten Strukturen und Formate seien weder den Anforderungen an eine gelungene Bürger:innenbeteiligung, noch den

gesetzlichen Vorgaben gerecht geworden. Die Mediator:innen sind deshalb zu der Überzeugung gekommen: „Wir können unsere Teilnahme an diesem Verfahren nicht weiter vertreten, weil wir mit unserer Mitwirkung diesem verfehlten Verfahren nicht zur Akzeptanzbeschaffung dienen wollen.“

Rückmeldungen, Evaluationen und Gespräche hätten bisher nicht zu den notwendigen Veränderungen oder einer Neu-Ausrichtung des Verfahrens geführt. Es seien bislang ausschließlich kosmetische Maßnahmen umgesetzt worden, die grundlegenden Mängel des Verfahrens seien dagegen weiter erhalten geblieben. Das gewählte Vorgehen diene allein der politischen Legitimation, bringe aber weder Verbesserungen für das Verfahren noch für die Endlagersicherheit.

► Verfahren mit groben Fehlern

Einer der Gründe: Das Verfahren leide an grundlegenden Verfahrensfehlern im Hinblick auf Entscheidungsgrundlagen und Transparenz, denn 54 Prozent der Bundesrepublik seien auf der Basis von Referenzdaten ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlage als „potenziell geeignet“ ausgewiesen worden. Auch andere Verbände und geologische Landesämter hätten den Bericht als nicht gesetzeskonform gerügt. „Damit [war] bereits die Ausgangsbasis für die Teilgebiete-Konferenzen verfehlt. Ohne Kontrolle der Basisdaten ist die notwendige Informiertheit der Beteiligten nicht gegeben. Einer Manipulation des Verfahrens stehen somit alle Türen von Anbeginn an offen.“

Auch ziehe sich politische Einflussnahme statt des Charakters eines wissenschaftsbasierten Verfahrens durch das gesamte Verfahren, so die Mediator:innen. Einzelne Bundesländer hätten in der Kommission massiv Einfluss genommen auf die Auswahl und Formulierung der Auswahl- und Sicherheitskriterien. „Bayern hat im Bundeskabinett versucht, den Text der Verordnung über die Sicherheitsanforderungen so zu verändern, dass Granit schlechter abschneidet.“

Zudem würden betroffene Landkreise versuchen, durch Erlangen von willkürlichen Mehrheiten in der Teilgebiete-Konferenz Einfluss zu nehmen auf die Interpretation von vage formulierten Kriterien. Ähnliches sei zu erwarten, wenn der

Bundestag zum Abschluss jeder Phase entscheidet, welche Regionen oder Standorte im Verfahren bleiben. „Dies ist bei kontroversen politischen Prozessen nicht überraschend. Im Rahmen des Suchverfahrens müssten jedoch zentrale Konfliktthemen transparent gemacht und bearbeitet werden. Stattdessen werden diese Konflikte aber ausgeblendet.“

► Beteiligung mangelhaft

Vielleicht wichtigster Kritikpunkt der Mediator:innen: Die potenziell betroffene Bevölkerung sei nicht ausreichend am Verfahren beteiligt. Die gewählten digitalen Formate verhinderten direkte Resonanz der Teilnehmer:innen untereinander. Aktuell entscheide die Moderation und nicht die Beteiligten selbst über die Wahrnehmbarkeit und tatsächliche Wahrnehmung von Anregungen, Fragen, Zwischenrufen, Kritik und Protest. Dies widerspreche sowohl einem „dialogorientierten Prozess“ als auch dem Auftrag zum „Fortentwickeln des

Verfahrens“ (beides Zitate aus dem StandAG). Der Auftrag des Gesetzgebers sei ein „partizipatives“ Verfahren und solle eine Beteiligungstiefe mit Möglichkeiten zu Mitwirkung, Dissens, Diskurs und Konfliktbearbeitung bieten. „Statt derartiger partizipativer Optionen bietet die Teilgebiete-Konferenz allenfalls Raum für Information und in Teilen Konsultation, jedoch ohne erkennbare Resonanz auf die aufgeworfenen Fragen zu Datenerhebung, zu Bewertungsfragen oder zu wissenschaftlichen Kontroversen.“ Schließlich bemängeln die beiden Mediations-Verbände, dass Kritik am Verfahren nicht konstruktiv aufgenommen wird – entgegen der gesetzlichen Vorgaben eines „lernenden“ Verfahrens (StandAG). Weder Kritik von informierten Laien noch von Fachleuten – wie beispielsweise aus den geologischen Landesämtern – sei vom BASE konstruktiv behandelt worden. „Stattdessen erleben wir einen problematischen Umgang mit Kritiker:innen. Sie wurden wiederholt ignoriert, häufig in abwertender und gering-

schätzender Weise.“ Alarmierend sei, dass sich am destruktiven Umgang mit Kritik auch die Moderation der Fachkonferenz wiederholt beteiligt hat.

► Zustimmung-Management statt Partizipation

„Wir sehen im bisher stattgefundenen Diskurs, dass weder die BGE noch das BASE gewillt sind, ergebniswirksame Änderungen zur Verbesserung des Verfahrens und somit letztlich der Entscheidungen zu treffen.“

Aus diesen Gründen entziehen die Verbände diesem „verfehlten Verfahren“ die weitere Mitarbeit. „Wir kommen zu dem Schluss, dass es sich in diesem Verfahren nicht um Partizipation mit dem Ziel einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung handelt, sondern lediglich um ein Zustimmungsmanagement.“

Quellen
BASE
Bundesverband Mediation
FMöB
eigene Recherchen



KOMMENTAR | von Wolfgang Ehmke



In Verbindung mit der Endlagersuche ist ständig von „Beteiligung“ der Öffentlichkeit die Rede. Doch dieser Begriff ist in mehrfacher Hinsicht unscharf. Denn genau genommen gibt es zwei Arten: die „informelle“ und die „formelle“ Beteiligung. Dabei wird in verschiedenen Arenen gestritten, gerungen, debattiert, austariert, was vom Zwischenbericht, den die Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) im Herbst 2020 vorgelegt hat, zu halten ist. Im „informellen“ Format haben sich die

staatlichen geologischen Dienste geäußert, das Nationale Begleitgremium (NBG) hat auf der einen Seite Wissenschaftler beauftragt, den BGE-Bericht auf seine Aussagekraft hin abzuklopfen und andererseits zahlreiche (Online-)Veranstaltungen auf den Weg gebracht, in denen es um die „Fehler der Vergangenheit“, „gute Beteiligung“ und Vieles mehr ging. Dazu kamen Veranstaltungen des niedersächsischen Umweltministeriums, Erklärveranstaltungen der BGE selbst, äußerst interessante Debatten, die die Heinrich-Böll-Stiftung in Hannover initiiert hat. Und natürlich haben auch die Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen Angebote unterbreitet – im Rahmen der Atommüllkonferenz, einem Beratungszusammenhang der Initiativen, und auf der „Alternativen Standortkonferenz“, die von Umweltverbänden und -initiativen ausgerichtet wurde (s. Bericht ab Seite 22). Die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und vor allem die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt hatten darüber hinaus eigene (Online-)Angebote am Start. Die Liste ist längst nicht vollständig, aber sie zeigt, dass die Diskussion voll entbrannt ist und die BGE davon ausgehen kann, dass ihre Arbeit unter Beobachtung steht. Die „informelle“ Beteiligung ist gut, weil breit aufgestellt.

„Formelle Beteiligung“ hingegen meint das, was im Standortauswahlgesetz (StandAG) geregelt ist. Nach Vorlage des BGE-Berichts musste die *Fachkonferenz Teilgebiete* einberufen werden. In drei Sitzungen wurde der Bericht debattiert, und es wurden Empfehlungen ausgesprochen. Diesen Bericht muss die BGE laut Gesetz „berücksichtigen“. Im Fortgang des Suchverfahrens kommen auch Möglichkeiten einer gerichtlichen Überprüfung hinzu. Es ist genau diese „formelle“ Beteiligung, die ob ihrer geringen Reichweite kritisiert wird: Denn wer debattiert da? Es ist bisher nur ein kleiner Kreis Interessierter; bei den Fachkonferenzen waren es ungefähr 300 bis 400 Menschen. Zahlenmäßig überwogen Vertreter:innen aus Kommunen aus den Teilgebieten, die verdonnert waren, der Konferenz beizuwohnen, aufgebläht durch Behördenleute und Fachleute aus den Institutionen. Das BASE war sich nicht zu schade, alle Angemeldeten zusammenzuzählen und einen „Erfolg“ zu vermelden.

Neben dem „formellen“ Beteiligungsformat steht auch der vor gut einem Jahr vorgelegte Zwischenbericht Teilgebiete selbst in der Kritik: Egal, ob im Rahmen der „formellen“ Fachkonferenz oder im „informellen“ Beteiligungsformat: Man war sich einig, dass der BGE-Bericht hinter allen Erwartungen zurückblieb. Statt der 90 Teilgebiete, die über 50 Prozent der Landesfläche ausmachen, hatte man circa 30 Gebiete erwartet. Und statt der Referenzdaten, auf die der BGE-Bericht weitgehend fußt, hätte man die Auswertung ortsspezifischer Geodaten erwartet. Das wird also im Fortgang der BGE-Arbeit geschehen müssen. Die staatlichen geologischen Dienste kommentierten den Bericht genauso, im Ton freundlich, in der Sache klar. Und noch etwas ist eigentlich allen Beteiligten klar: Beteiligung muss mehr sein, als informiert zu werden, Fragen stellen zu können und zu erleben, dass einem vom Moderatorenteam das Mikro abgestellt wird. Beteiligung darf kein strategisches Kalkül sein, die „Mitwirkung“ ist gefragt.

Spasiba Vladimir



Stockholm Der Alternative Nobelpreis wird von der *Right Livelihood Award Foundation* jährlich an Personen oder Organisationen vergeben, die beispielhaft auf die Herausforderungen der Menschheit antworten. Anfang Dezember erhielt der Russe Wladimir Sliwjak die Auszeichnung. Er ist seit vielen Jahren auch mit der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg verbunden.

Wladimir Sliwjak, einer der erfolgreichsten Umweltschützer Russlands, ist mit dem sogenannten alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) geehrt worden. Sliwjak führt seit Jahrzehnten Kampagnen gegen Umweltzerstörung in Russland an und hat mehrfach an Aktionen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg im Wendland teilgenommen.

Der 1980 gegründete Right Livelihood Award ehrt und unterstützt mutige Menschen bei der Lösung globaler Probleme. Er ist mit einem Geldpreis von 1 Million Schwedischer Kronen (rund 100 000 Euro) dotiert und sichert den Empfänger:innen langfristige Unterstützung ihrer Arbeit zu. Als Ko-Vorsitzender und Mitbegründer von Ecodefense, einer der führenden Umweltorganisationen Russlands, hat Sliwjak intensiv gegen verschiedene Umwelttrisiken und für die Eindämmung der Klimakrise und die Förderung erneuerbarer Energien in Russland gearbeitet.

Mit einigen der weltweit größten Öl-, Gas- und Kohlereserven gehört Russland zu den größten Exporteuren fossiler Brennstoffe. Abbauunternehmen untergraben regelmäßig die internationalen Klimaverhandlungen. Unter der Leitung von Sliwjak startete Ecodefense 2013 als erste russische Umweltorganisation eine Anti-Kohle-Kampagne. Diese trug

dazu bei, Gemeinden vor Ort zu stärken, die unter den Auswirkungen des Kohleabbaus und -transports leiden. Die Vernetzung und der Wissensaustausch lokaler Gemeinden im ganzen Land führten zu etlichen weiteren Anti-Kohle-Protesten in verschiedenen Teilen Russlands.

Sliwjak habe gezeigt, so das Komitee des alternativen Nobelpreises in Stockholm, dass Bürgerinitiativen umweltschädliches Verhalten von Konzernen effektiv bekämpfen können, selbst wenn es von einer so mächtigen Regierung wie der russischen unterstützt wird. Sliwjak hat Projekte im Zusammenhang mit der Förderung fossiler Brennstoffe, der Nutzung der Atomkraft und dem

Der Right Livelihood Award stellt Mittel für unsere Arbeit zum Schutz der Umwelt und der Menschenrechte zur Verfügung.



Wladimir Sliwjak

Import radioaktiver Abfälle aus dem Ausland gestoppt.

Die Jury von Right Livelihood sagte, dass Sliwjak den Right Livelihood Award „für seine Arbeit zum Schutz der Umwelt“ bekommen hat und dafür, dass er „dazu beigetragen hat, die Opposition gegen die Kohle- und Atomindustrie in Russland aufzubauen“. „Ich habe mein Leben in der Umweltbewegung verbracht, und es ist wirklich eine große Ehre für

mich, eine solche Auszeichnung zu bekommen“, sagte Sliwjak bei der Preisverleihung am 1. Dezember in Stockholm. „Der Right Livelihood Award bedeutet mehr finanziellen Spielraum für die Umwelt- und Menschenrechtsarbeit meiner Organisation.“

„Wladimir Sliwjak ist ein wegweisender Umweltaktivist und Mitbegründer der bekannten russischen Umwelt-NGO Ecodefense“, sagte der Geschäftsführer von Right Livelihood, Ole von Uexküll. „Bei seiner Arbeit in Russland, einem der weltweit größten Exporteure von Öl, Gas und Kohle, hat Sliwjak gezeigt, dass die Mobilisierung der Basis umweltschädliche Projekte selbst angesichts mächtiger geopolitischer Interessen stoppen kann. Sliwjak und Ecodefense setzen ihre Arbeit trotz Schikanen durch die autoritäre russische Regierung erfolgreich fort“, fügte von Uexküll hinzu. In den vergangenen Jahren sind Sliwjak und Ecodefense wegen ihrer Arbeit ins Visier der russischen Behörden geraten. Ermutigt durch den wachsenden Einfluss junger Klimaaktivist:innen hat Sliwjak seinen Kurs dennoch beibehalten. Gemeinsam mit ihnen setzt er sich für eine sauberere und nachhaltige Zukunft in Russland und weltweit ein.



Plastik war gestern

Portrait Eine Hamburger Stadteilschule setzt ein Zeichen gegen die übermäßige Nutzung von Plastik – auch im Wendland. Wilma Wallat sprach mit einer Vertreterin des Projekts.

Kunden des Lüchower Wendlandmarkts haben sie vielleicht schon mal gesehen oder sogar gekauft: die Rucksäcke und Taschen des Hamburger Schüler-Projektes „Plastik war gestern“. Vor allem die Taschen mit dem Aufdruck „One morning Corona will be Yesterday“ fallen ins Auge.

Schon seit 2007 beschäftigten sich Schulklassen der bilingualen (deutsch-spanischen) Hamburger Stadteilschule Stellingen mit Umweltthemen wie Plastikmüll und dessen schädlichen Auswirkungen. Bei einem Schüleraustausch-Projekt mit dem Vierten Gymnasium in Sarajevo in Bosnien Herzegowina zum Thema Umweltschutz wurden Stoffbeutel mit Umweltmotiven bedruckt und vor Ort verteilt.

Die Schule hatte damals intern das Motto „Plastikvermeidung“ vorgegeben. Aber die Schüler:innen wollten ein Zeichen nach außen setzen, selbst aktiv werden und wenigstens „ein bisschen in der Welt retten“: So entstand in der Profilkunde „Stellingen goes Mexico“ die Idee zum Projekt „Plas-

tik war gestern“. 2015 wurde eine Schülerfirma gegründet und eine Siebdruckerei gefunden, die die jungen Leute mit Know-how und Materialien unterstützt. Bei der Umsetzung der von den Schüler:innen entworfenen Motive half eine Hamburger Agentur, die Jugendlichen akquirierten Verkaufsstellen in der Umgebung, und dann ging es los. Kurze Zeit später waren im Stadtteil 1500 Rucksäcke verkauft.

Noch heute bewerben die Schüler:innen das Projekt bei umliegenden Grundschulen, Eltern und Lehrer:innen beteiligen sich an der Öffentlichkeitsarbeit. Auch wenn die Rucksäcke ursprünglich im Rahmen des Unterrichts entstanden, findet der Einsatz der beteiligten Jugendlichen der 9. und 10. Klassen außerhalb der Schulzeit, also freiwillig statt. Wie Cläre Bordes, die Projektkoordinatorin und ehemalige Lehrerin berichtet, bleiben viele Schüler:innen nach Beendigung ihrer Schulzeit dem Projekt treu. Ältere werben Jüngere als Nachwuchs für das Projekt.

Plastikmüll und Plastikvermeidung sind ein globales Thema. So war es nur folgerichtig, dass durch Kontakte von Cläre Bordes zu Sozialprojekten in Mexiko das „Plastik war gestern“-Projekt auch dort bekannt gemacht wurde. Im Rahmen eines Austauschprogrammes mit einer indigenen Partnerschule arbeiteten Schüler:innen beider Schulen gemeinsam an

Motiven für die Rucksäcke – daher das Motiv Frida Kahlo im Fischernetz. Mit einem Anteil des Erlöses von jeweils zwei Euro unterstützt das Projekt die Partnerschule in Mexiko.

Ende 2020 reagierte das „Plastik war gestern“-Team auf die Corona-Pandemie: Schwarze Stofftaschen wurden mit der tröstenden Zukunftsvision „One Morning, Corona will be Yesterday“ bedruckt (Foto). Der Erlös aus dieser Sonder-Auflage geht an das Hamburger Obdachlosenmagazin Hinz & Kunzt. „Wir wünschen allen Menschen, dass sie gesund durch diese belastende Zeit hindurchkommen und möchten mit dem Projekt Mut machen.“

„Plastik war gestern“ ist ein offizielles Projekt der Stadteilschule Stellingen, hat bereits mehrere Preise gewonnen, unter anderem den Hamburger Bildungspreis. Und auch die Verkaufsbilanz lässt sich sehen: Bis jetzt wurden rund 10000 Rucksäcke und 5000 Taschen verkauft.

Auch wer selbst keine Verwendung für die Taschen/Rucksäcke hat, das Projekt aber gern unterstützen möchte: Sie eignen sich hervorragend als Mitbringsel oder Verpackung von Geschenken und tragen die Idee der Plastik- und Verpackungsreduzierung und dem Gedanken der Nachhaltigkeit damit weiter! Weitere Infos und Onlineshop: <https://plastikwargestern.de>





Vorweihnachtszeit im November 2002: Blockaden, Suppenküche, Spontandemos, Feuertonnen, kalte Füße, Kinder und Tiere in der Betreuung, übernachtigt und doch kreativ. Widerstand gegen den bevorstehenden Castor Transport statt Kekse backen und Homeoffice am warmen Ofen.



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr

☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de



Die neuen Klamotten sind da!

Zu finden auf der Website der BI:
www.bi-luechow-dannenberg.de/material/textiles/

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname

Straße Hausnummer

PLZ, Ort E-Mail

Datum Unterschrift

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.